INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 150

4. April WÖCHENTLICH 4. Jhg WB 0,50 BRD 0,70

**WER SEINE LAGE ERKANNT HAT,
WIE SOLL DER AUFZUHALTEN SEIN.**

35 politische Gefangene im Hungerstreik:

in Hamburg:	Brigitte Asdonk	in Köln:	Hanna Krabbe
	Christa Eckes		Ronald Maier
	Inga Hochstein		Bernd Rössner
	Annerose Reiche		
	Margrit Schiller	in Frankfurt:	Klaus Dorff
	Ilse Stachowiak		Jürgen Tauras
	Eberhard Becker		
	Wolfgang Beer	in Frankenthal:	Siegfried Haag
	Bernd Geburtig		
	Werner Hoppe	in Zweibrücken:	Manfred Grashof
	Helmuth Lülf		Klaus Jünschke
	Helmut Pohl		
		in Stammheim:	Andreas Baader
in Berlin:	Monika Berberich		Gudrun Ensslin
	Ilse Jandt		Jan Carl Raspe
	Waltraut Siepert		Irmgard Möller
	Wolfgang Wesslau		Ingrid Schubert
		in Aichach:	Sabine Schmitz
in Hannover:	Ronald Augustin		
in Werl:	Heinrich Jansen	in Colmar:	Detlef Schulz
in Essen:	Karl-Heinz Dellwo		
	Lutz Taufer		

HUNGERSTREIKERKLÄRUNG

'wer seine Lage erkannt hat,wie soll der
aufzuhalten sein.'

Angesichts der Tatsache, dass der Staat die Auseinanderstzung im rechtsfreien Raum des permanenten Ausnahmezustands führt und
dass sich in 6 Jahren Staatsschutzjustiz gezeigt hat, dass die Menschen- und Grundrechte in der Fahndung, in den Prozessen und in den Gefängnissen ein Fetzen Papier sind,
fordern wir,
dass Gefangene aus den antiimperialistischen Widerstandsgruppen, die in der Bundesrepublik kämpfen, entsprechend den Mindestgarantien der Genfer Konvention von 1949 behandelt werden

im Besonderen Art.3, Art.4, Art.13, Art.17 und Art.130.

Was für die Gefangenen in Hamburg, Kaiserlautern, Köln, Essen, Berlin, Straubing und Stammheim zumindest bedeuten würde,
dass sie nach den Forderungen aller
von den Gerichten in den Prozessen gegen die RAF bestellten Gutachter zu interaktionsfähigen Gruppen von mindestens
15 Gefangenen zusammengefaßt werden.

Wir fordern ausserdem

1.
die Abschaffung der Isolation und der Gruppenisolierung in den Gefängnissen der Bundesrepublik und die Auflösung der besonderen Isolationstrakte, in denen Gefangene zusammengebracht werden, um ihre Kommunikation elektronisch auszuschnüffeln und auszuwerten.

2.
die Untersuchung des Todes von Holger Meins,Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof durch eine internationale Untersuchungskommission, die Unterstützung der Arbeit dieser Kommission und die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse.

3.
dass von der Regierung öffentlich deutlich gemacht wird, dass die Meldungen
a. die RAF hätte geplant, in der Stuttgarter Innenstadt drei Bomben zu zünden (Juni72)

b. die RAF hätte geplant, während der Fussballweltmeisterschaft Raketenangriffe auf besetzte Fussballstadien durchzuführen (Sommer 74)

c. die RAF hätte geplant, das Trinkwasser einer Großstadt zu vergiften(Sommer 74)

d. die RAF hätte Senfgas gestohlen und geplant, das Gas einzusetzen (Sommer 75)

e. das Kommando Holger Meins hätte das Botschaftsgebäude in Stockholm selbst gesprengt (April 75)

f. die RAF hätte geplant, den Bodensee mit atomarm Müll zu verseuchen (September 75)

g. die RAF hätte Angriffe auf Kernkraftwerke und den Einsatz nuklearer, chemischer und bakteriologischer Waffen geplant (seit Januar 76)

h. die RAF hätte einen Überfall auf einen Kinderspielplatz und die Geiselnahme von Kindern geplant (März 77)

Produkte der psychologischen Kriegsführung sind und dass sie lanciert wurden, um Solidarität mit den Widerstandsgruppen zu verhindern, sie zu isolieren, um sie vernichten zu können.
dass alle diese Meldungen falsch sind und dass die polizeiliche, nachrichtendienstliche und justizielle Aufklärung nichts ergeben hat, was sie begründen könnte.

Der Hungerstreik
ist Ausdruck unserer Solidarität
mit den Gefangenen aus dem palästinensischen Widerstand die im Moment in israelischen Gefängnissen um den Kriegsgefangenenstatus kämpfen,
mit dem Kampf der Gefangenen aus der IRA, die in irischen und englischen Gefängnissen gegen die Aberkennung des politischen Status kämpfen,
mit der Forderung der Gefangenen aus der ETA und anderen antifaschistischen Gruppen nach einer Amnestie in Spanien für alle politischen Gefangenen
mit allen, die im Kampf für soziale Revolution und nationale Selbstbestimmung gefangen genommen worden sind.
und
mit allen, die angefangen haben, sichgegen die Verletzung der Menschenrechte, gegen das Elend und die brutale Ausbeutung in den Gefängnissen der Bundesrepublik zu wehren.

den Widerstand bewaffnen
die Illegalität organisieren
die antiimperialistische Guerilla entwickeln

wir werden siegen

Stammheim, am 29. März 77
für die Gefangenen aus derRAF

Die Angehörigen der politischen Gefangenen im Hungerstreik

Frankfurt, 3.4.77

An den
Justizminister und Innenminister der Bundesrepublik Deutschland

An alle
Justizminister und Innenminister der Länder der BRD und an die zuständigen Richter

Wir Angehörige der sich zur Zeit im Hungerstreikbefindenden politischen Gefangenen haben auf unserem Treffen am 2. und 3.4.1977 beschlossen:

Wir unterstützen die Forderungen des Hungerstreiks der politischen Gefangenen.
Nach Auskunft des Arztes in Stuttgart-Stammheim, Dr. Henck, besteht bereits jetzt akute Lebensgefahr für die Gefangenen in Stuttgart, wenn nicht sofort die Haftbedingungen verändert werden.

Nach unserer Erfahrung müssen wir davon ausgehen, daß für alle Gefangenen, die im Hungerstreik sind, die gleiche Lebensgefahr besteht.

Die politische und juristische Verantwortung für das Leben der Gefangenen liegt bei Ihnen.

Nachdem Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof in deutschen Gefängnissen umgekommen sind, fordern wir ausländische Organisationen auf, gegen die Vernichtungshaft in der BRD einzuschreiten.

Da nicht zu erwarten ist, daß die Forderungen aus der Hungerstreikerklärung erfüllt werden, sondern eher der Tod von politischen Gefangenen in Kauf genommen wird, fordern wir Sie auf, alle Gefangenen, die im Hungerstreik sind, freizulassen. Anders kann ihr Leben nicht gerettet werden.

Für die Angehörigen

Helmut Ensslin
Traubenstraße 61
7000 Stuttgart 1

An den
Richter des OLG
Dr. Foth

Betr.: Andreas Baader, Gudrun Ensslin
Jan-Carl Raspe

Bezug: Schreiben Dr. Henck vom 3o.3.77

Antrag: Die Gefangenen sofort freizulassen, weil das Min isterium die Veränderung der Haftbedingungen gem. den Anträgen der Verteidigung und des Anstaltsarztes noch nicht zugesichert hat. Lt. telefonisch bestätigter Ansicht des Anstaltsarztes kann ein lebensgefährlicher Zustand sofort und jederzeit eintreten, wobei mit dem Tod der Gefangenen zu rechnen ist. Da die Veränderung der Haftbedingungen bereits seit Jahren von Verteidigern und Ärzten vergeblich verlangt wurden und auch der Anstaltsarzt Dr. Henck hat nochmals vergeblich hierauf beharrt, kann sich der Senat seiner Verantwortung nicht mehr entziehen. Angesichts der jederzeit zu befürchtenden Situation akuter Lebensgefahr ist der weitere Vollzug der Haft eine bewußte Inkaufnahme des vom Anstaltsarzt befürchteten Todes eines oder mehrer Gefangener.

Rechtsanwälte
Heming, Oberlaiter, Heimbrenner

Nachschrift des Schreibens von Anstaltsleiter Nusser an das Oberlandesgericht Stuttgart

Absender: Vollzugsanstalt Stuttgart
-Anstaltsleiter-
7ooo Stuttgart 4o
3o.3.77
Nu/Sc
Aßberger Str. 6o
Postfach 5oo
Telefon 8oo21

An: Oberlandesgericht Stuttgart
2. Strafsenat
7ooo Stuttgart 4o
Aßberger Str.

Betr.: Untersuchungsgefangene Baader, Ensslin, und Raspe

Hier: Hungerstreik

Anlage: 2 Schreiben des Anstaltsarztes vom 29.3. und 3o.3.77
1 Gesprächsvermerk vom 3o.3.77

Beigefügt lege ich die oben bezeichneten Stellungnahmen und eine Gesprächsnotiz zur Frage der Zwangsernährung der im Hungerstreik befindlichen Gefangenen vor und bitte um Entscheidung, ab welchem Zeitpunkt und unter welchen Voraussetzungen die Zwangsernährung erfolgen soll.
Die Schwierigkeit liegt insbesondere darin, daß der Zeitpunkt des Eintritts akuter Lebensgefahr vom Arzt mangels Untersuchungsmöglichjeiten nicht erkannt werden kann.

In diesem Zusammenhang ist auch jetzt schon auf das Problem der Zumutbarkeit für die Beamten die eine Zwangsernährung durchzuführen haben, hinzuweisen.
Die Gefangenen haben unmißverständlich Widerstand gegen eine solche angekündigt. Ein solcher Widerstand von insgesamt 5 Gefangenen könnte nur im Wege täglicher massivster Gewaltanwendung durch eine sehr große Zahl von Bediensteten gebrochen werden. Dies ist aber den Beamten, die dabei selbst erheblich gefährdet werden, nicht zuzumuten.

Aus diesem Grunde sollte für den Fall des Widerstands gegen eine etwaige Zwangsernährung schon jetzt die Frage der Trennung der Gefangenen geprüft werden.

Unterschrift
(Nusser)
leitender Regierungsdirektor

Internationales Komitee zur Verteidigung
politischer Gefangener in West-Europa

Stuttgart, 1.4.77

PRESSEMITTEILUNG:

Die Gefangenen aus der RAF in Stammheim haben heute erklärt, für den Fall, daß die Gefangenen in Stammheim nach der Anregung des Anstaltsleiters Nusser vom 3o.3.77 getrennt werden, sind die Gefangenen im Durststreik.

An das
Oberlandesgericht
7ooo Stuttgart

Aktenzeichen: 2 StE (CLG Stgt) 1/74

Wir beantragen - übrigens zum ersten Mal - Brandt und Schmidt als Regierungschefs der Regierungen Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher zu laden zum Beweis, daß

1. die RAF seit 1972 nach einer grundgesetzwidrigen und grundgesetzfeindlichen Konzeption der antisubversiven Kriegsführung verfolgt wird, die technisch, methodisch und organisatorisch dem internationalen Standard der amerikanischen Counterinsurgency entspricht und die

a. die repressive und manipulative "Immunisierung" (Brandt) der Gesellschaft gegen antikapitalistische Fundamentalopposition bezweckt
und die

b. durch eine komplexe Strategie politischer, wirtschaftlicher, militärpolitischer und juristischer Initiativen auf die Integration der Apparate der "inneren und äusseren Sicherheit" und der staatlichen Datenverarbeitungssysteme innerhalb der Nato-Staaten zielt, um die permanente Einmischung der amerikanischen Außenpolitik in die inneren Angelegenheiten der westeuropäischen Länder zu institutionalisieren,
die

c. dass in diesem Zusammenhang die Bundesrepublik sich z.b. in die inneren Angelegenheiten Griechenlands eingemischt hat, indem sie den EG-Beitritt Griechenlands und die Gewährung eines Millionenkredits mit einem Auslieferungsbegehren gegen Pohle verbunden hat,
dass

d. unmittelbar den Zweck hat, die kommunistischen und radikaldemokratischen Widerstandsgruppen zu neutralisieren und zu vernichten, die sich seit dem Zerfall der legalen Vietnamopposition clandestin organisiert und bewaffnet haben, um gegen die amerikanische Strategie gegenüber dem Süden, dem Osten und den Arbeitern Westeuropas, die die Innen- und Aussenpolitik der Bundesrepublik direkt bestimmt, zu kämpfen.

2. über Counterinsurgency Beratungen mit amerikanischen Regierungsstellen stattgefunden haben und dass in die Entscheidungsabläufe der antisubversiven Aktion
   - der Stab des Oberkommandierenden der US-Armee in der Bundesrepublik,
   - amerikanische Regierungspolitiker, Diplomaten und Geheimdienstbeamte,
   - das Nato-Generalsekretariat in Brüssel und das Action Committee der Nato (AC - 46), in das seit 1971/72 die Führungsebene der Nachrichtendienste der Bundesrepublik integriert ist, und

4a

- das PSV-Referat in der Stabsabteilung III des Führungsstabs der Streitkräfte (FüS) einbezogen waren;
dass

3. amerikanische Spezialeinheiten für Counterinsurgency in der Bundesrepublik operieren, unter anderem die offiziell seit August 1975 als Marineattachés der US-Botschaft in Bad Godesberg zugeteilten Spezialisten für "Gegenaktionen, z.b. Entführungen",
dass

4. über Counterinsurgency im europäischen Rat, in der europäischen Innen- und Justizministerkonferenz und den entsprechenden politischen und militärischen Gremien der Nato ein Konsens hergestellt wurde, an dessen Zustandekommen die Bundesrepublik initiativ beteiligt war;
dass

5.a im Rahmen der Konzeption der antisubversiven Aktion auf Initiative der amerikanischen Regierung und Armee über die Bundesrepublik zuerst bilateral gegenüber westeuropäischen Staaten, dann innerhalb der militärischen und politischen Metaorganismen - der NATO und der EG - durchgesetzt wurde, Spezialeinheiten aufzustellen, die nach einer einheitlichen Doktrin und nach einheitlichen technischen Gesichtspunkten eingesetzt werden und dass

b in der Bundesrepublik die Antiterroreinheiten - GSG 9, KKK's, in Baden-Württemberg die OEG's, usw. - und die Umwandlung des Bundesgrenzschutzes in eine Bundespolizei in Zusammenarbeit mit amerikanischen Dienststellen konzipiert wurden;
dass

6. leitende ausführende Angehörige dieser Einheiten an amerikanischen Special Warfare Schulen in den USA von der Armee und Geheimdiensten in Strategie und Taktik der antisubversiven Kriegsführung ausgebildet worden sind und dass sie dort in der Anwendung von Techniken der psychologischen Kriegs-Kampfführung geschult wurden, zu denen wissenschaftlich entwickelte Methoden der Manipulation von Massenkommunikation und Meinungsbildung gehören;
dass

7. im Rahmen der antisubversiven Aktion Kampagnen in den Massenmedien nach den Strategien der psychologischen Kriegsführung zentral beschlossen und gesteuert werden und dass Falschmeldungen wie
a. die RAF hätte geplant, in der Stuttgarter Innenstadt drei Bomben zu zünden (Juni 72)
b. die RAF hätte geplant, während der Fußballweltmeisterschaft Raketenangriffe auf besetzte Fußballstadien durchzuführen (Sommer 74)
c. die RAF hätte geplant, das Trinkwasser einer Großstadt zu vergiften (Sommer 74)
d. die RAF hatte Senfgas gestohlen und geplant, das Gas einzusetzen (Sommer 75)
e. das Kommando Holger Meins hätte das Botschaftsgebäude in Stockholm selbst gesprengt (April 75)
f. es gäbe 'Spannungen' innerhalb der Gruppe der Angeklagten (Feb.72, und seit Ulrike Meinhofs Tod)
g. die RAF hätte einen Überfall auf einen Kinderspielplatz und die Geiselnahme von Kindern geplant (März 77)
h. die neue RAF hätte Angriffe auf Kernkraftwerke und den Einsatz nuklearer, chemischer und bakteriologischer Waffen geplant (seit Januar 76)
i. die RAF hätte geplant, den Bodensee mit atomarem Kali zu verseuchen (Spiegel Nr. 39/75)
und Provokationen von Nachrichtendiensten wie
j. Sprengstoffanschläge auf Hauptbahnhöfe (Bremen Dezember 74, Hamburg September 75, Nürnberg, Augsburg, München Köln)
k. Sprengstoff- bzw. Brandanschläge auf die gerichtlich bestellten Zwangsverteidiger Langner in Hamburg (19. Juni 76), Peters in Düsseldorf (1&2.77)

im Zusammenhang der Fahndung und der Prozesse initiiert worden sind,
um

'diese Gruppen völlig zu entsolidarisieren, sie von all dem zu isolieren, was es sonst an radikalen Meinungen in diesem Lande auch geben mag. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben.'
(Rhmke, als Chef des Kanzleramts Koordinator der Geheimdienste, Bundestag, 7.6.75)

'den Sumpf aus(zu)trocknen - und ich sage es ganz hart - aus dem die Blüten der Baader-Meinhof-Bande emporgestiegen sind.'
(Kohl, Fernsehinterview, 25.4.75)

'... eine scharfe, unzweideutige, klare Trennung zwischen den Mitgliedern dieser Bande und der gesamten übrigen Bevölkerung ...' zu ziehen.
(Carstens, am 25.4.75 im Bundestag)

'es kommt - ich spreche es aus - auf Infiltration in die Sympathisantengruppen hinein an'
(Schmidt, Regierungserklärung 13.3.75)

'Aktionen gegen die RAF müssen immer so abgewickelt werden, daß Sympathisantenpositionen abgedruckt werden'
(Herold, Chef des BKA während der Innenministerkonferenz, Januar 1972)

'die Nervenknoten des Gegners heraus(zu)isolieren und sie dann gezielt mit Maßnahmen an(zu)gehen, sie (zu) paralysieren, (zu) neutralisieren.'
(Herold, Hessenforum, Mai 1975)
und dass
Planung und Einsatz dieser Kampagnen den im ISC-Report vom Mai 1975 für den Nato-Bereich festgestellten Richtlinien zur "Entsolidarisierung', Isolation und Eliminierung" der illegalen Gruppen entspricht.

8. dass innerhalb der antisubversiven Aktion die Justiz nicht nach ihrem im Grundgesetz postulierten Auftrag eingesetzt wird, nicht dritte Gewalt und unabhängig ist, sondern als ein geschlossener Instanzenzug handelt, der den Direktiven der Regierung unmittelbar unterliegt und über ein Netz von Sondergerichten und besonderen Abteilungen bei den Staatsanwaltschaften, an deren Aufbau, Personalführung und Indoktrination der Generalbundesanwalt und das Bundeskriminalamt unmittelbar beteiligt sind, einer umfassenden Planung im Rahmen der Counterinsurgency unterliegt,
dass

9. zu diesem Zweck
a. in der Justizpressekonferenz Karlsruhe ein Netz von Staatsschutzjournalisten institutionalisiert wurde, das die Funktion hat, die Rezeption der Prozesse über eine homogene Berichterstattung zu steuern und
b. versucht wurde, über die Chefredakteurskonferenz die Prozeßberichterstattung nach der Direktive des Generalbundesanwalts, 'dass die Journalisten sich darauf beschränken, Mittler sein zu wollen, zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Bevölkerung' (Buback in Kennzeichen D, 6.5.75) zu strukturieren, dass

10. die Vorverurteilung der Gefangenen durch gezielte Falschmeldungen, Indiskretionen, lancierte Gerichte und die Veröffentlichung von Prozeßakten nach Methoden der psychologischen Kriegsführung vorbereitet und gesteuert wurde, dass zu diesem Zweck

11. die Erhebung der Anklage 3 1/2 Jahre verschleppt und das Verfahren gegen die RAF in einzelne Prozesse aufgespalten worden ist,

Auf Langner, um Margrit Schillers Aussage gegen den Kronzeugen Müller unmittelbar vor dessen Auftritt in Stammheim zu neutralisieren; auf Peters, um die entscheidenden Beweisanträge der Verteidigung in Düsseldorf zu diskreditieren und als Funktion der exemplarischen Hetzkampagne gegen Croissant.

6

die nach politisch propagandistischen Gesichtspunkten terminiert wurden, und daß

12. in einer koordinierten Maßnahme
a. ein Gesetz zum Ausschluß von Verteidigern, zur Beschränkung der Zahl der Verteidiger auf drei und zum Verbot der Kollektiv-Verteidigung verabschiedet wurde,
b. der Ausschluss Croissants, Groenewolds und Strobeles aus dem Stammheimer Prozeß von der Bundesanwaltschaft zum 'taktisch günstigsten Zeitpunkt' (Buback) veranlasst und durchgesetzt wurde,
c. durch eine gezielte Personalpolitik die Ehrengerichte der Anwaltskammern in Hamburg und Frankfurt neu besetzt wurden,
d. Zwangsverteidiger bestellt wurden, an deren Auswahl die Anklagebehörde z.T. unmittelbar beteiligt war,

um eine effektive oder auch nur auf den Prozeß vorbereitete Verteidigung zu verhindern, und daß

e. Gespräche zwischen Vertrauensverteidigern und Angeklagten und die Kanzleien, Wohnungen und Telefone der Anwälte abgehört worden sind,
um Initiativen der Verteidigung innerhalb und außerhalb des Prozesses unterlaufen zu können und dass nach den Erkenntnissen der abgehörten Gespräche
1. Zeugenaussagen beeinflusst bzw. Entlastungszeugen aus dem Prozeß ferngehalten wurden (Müller, Schiller) und
2. Freunde, Bekannte und Angestellte von Rechtsanwälten von Nachrichtendiensten angesprochen wurden um sie anzuwerben (Wolfgang Pfeiffer, Natascha Zerrer, Ingrid Doctora)
und dass
f. Croissant und Strobele gezielt verhaftet wurden, um eine Reihe internationaler Pressekonferenzen zu verhindern, die sie organisiert hatten, um die Öffentlichkeit der westeuropäischen Staaten über die Staatsschutzprozesse in der Bundesrepublik und die Verantwortlichkeit der Bundesanwaltschaft für den Tod von Holger Meins und Siegfried Hausner zu informieren,
dass

13. infolge der Beweisnot im Stammheimer Verfahren auf Initiative des Bundeskriminalamts ein Kronzeugengesetz nach Müllers Bedingungen projektiert wurde, das erst mit der Einsicht des Generalbundesanwalts, dass im Rahmen der Staatsschutzjustiz keine Notwendigkeit für eine gesetzliche Regelung besteht, weil es einfacher schien, mit Hilfe nachrichtendienstlicher Mittel ungesetzlich Kronzeugen zu produzieren, wieder verworfen wurde,
dass

14. auf Weisung des Generalbundesanwalts dem Hamburger Gericht die Akten über das Geständnis Müllers vorenthalten und von Bundesjustizminister Vogel mit einem Sperrvermerk versehen wurde, um einen Freispruch Müllers von der Anklage des Mordes, den er zur Bedingung seiner Aussage in Stammheim gemacht hatte, zu ermöglichen,
dass

15. die Bundesanwaltschaft als die Schaltstelle, die die justitiell - öffentliche Verwertung nachrichtendienstlicher Aktionen mit der Regierungspolitik koordiniert, über die Abhöraktion und ihre wesentlichen Ergebnisse von Anfang an informiert war, und zwar
a. unmittelbar durch die Berichte des Bundesnachrichtendienst und des Verfassungsschutz,
b. durch die Informationspflicht des Bundeskriminalamts, demgegenüber eine Informationspflicht der Landeskriminalämter besteht,
c. über die Lagebesprechung, die zwischen dem Generalbundesanwalt und den Leitern der drei westdeutschen Nachrichtendienste stattfindet

16. im Rahmen der Fahndung und der Vorbereitung öffentlicher Hauptverhandlungen
a. Gefangene zur Informationsbeschaffung Methoden der psychischen, medikamentösen und pysischen Aussageerpressung unterworfen wurden, dass
b. Programme der sensorischen Deprivation, der Isolation der Gruppenisolation, der Stressmanipulation mit dem Ziel eingesetzt wurden, die Angeklagten psychisch und intellektuell zu brechen, dass
c. diese Programme durch eine vollständige Überwachung jeder Lebensäußerung und aller Kontakte der Gefangenen innerhalb ihrer Zellen, in den Anwalts- und Besucherzellen, aber auch, in den Käfigen in denen sie sich im Freien bewegen können, von Psychiatern und besonders ausgebildeten Staatsschutzbeamten ausgewertet und gesteuert wurden und dass die Konzeption, Auswertung und Weiterentwicklung dieser Programme und ein Austausch der Ergebnisse mit wissenschaftlichen Forschungsprojekten - wiez.B. des Sonderforschungsbereichs 14 der Universität in Hamburg-Eppendorf - abgestimmt wird, dass
d. beispielsweise die Unterbringung von Ulrike Meinhof und später Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin im Toten Trakt in Köln-Ossendorf von einem Forschungsprojekt an der Hamburger Universitätsklinik begleitet wurde (Projekt A8: soziale Interaktion in einer modellhaften inkompatiblen Gruppensituation unter besonderer Berücksichtigung der Aggressivität"), in dem die Lebens- und Interaktionsbedingungen der beiden Gefangenen exact simuliert wurden,

17. die Einführung des § 231a, der es ermöglicht, in Zukunft die Hauptverhandlung in Abwesenheit des Angeklagten nach einem nichtöffentlichen, sogenannten "Anhörungstermin" durchzuführen
und
die Sondergesetze § 138 und § 146, die es ermöglichen, Verteidiger auf bloßen Verdacht hin auszuschließen, den Zweck haben, diese Methoden des Staatsschutzes nicht öffentlich werden zu lassen;
dass

18. Formulierungen wie
"das Äußerste dagegen unternehmen"
"bis an die Grenzen des Rechtsstaats"
"mit allen Mitteln"
"tilgen"
"härtesten Durchgreifen des Staates, der sich in einer Verteidigungsposition nicht scheuen kann, selbst zu töten"
(Schmidt, Regierungserklärung v. 13.3.75
die Entscheidung und den Konsens auf höchster Regierungsebene ausdrücken, innerhalb der antisubversiven Aktion Mitglieder illegaler Gruppen im In- und Ausland und Gefangene gezielt und verdeckt zu töten; und dass

19. der Tod von Ulrike Meinhof
Holger Meins
Siegfried Hausner und
Ulrich Wessel
eine Konsequenz dieser Entscheidung ist; dass

20. für die Dramaturgie des Todeszeitpunkts Ulrike Meinhofs massgebend war,
a. eine bevorstehende Kommandoaktion zur Befreiung der Stammheimer Gefangenen, über die die Nachrichtendienste informiert waren,

b. der Austausch der Stammheimer Gefangenen um den sich die DDR bemüht hatte,

c. der Druckerstreik

d. die unmittelbar davor von den Gefangenen im Prozeß gestellten Beweisanträge und die Zeugenladungen der ehemaligen amerikanischen Geheimdienstmitglieder Agee, Peck, Osborne, Thomas, die

- die begrenzte Souveränität der Bundesrepublik im Verhältnis zu den USA,
- die Durchdringung von Regierung, Parteien und Gewerkschaften durch amerikanische Geheimdienste und

die Rolle der Bundesrepublik im Rahmen der amerikanischen Globalstrategie im Allgemeinen und im Besonderen während des Vietnamkriegs zum Thema hatten, dass

die Entscheidung, neben der gesamten über das BKA und die Sonderkommissionen zentral geführten Polizei, dem BGS, den Spezialeinheiten der Bundeswehr und den Medien auch die Justiz, Teile der amerikanischen Armee (Stgt.Ztg. 30.5.72 und 3.6.72 und Stgt. Nachr. 3.6.72 und 5.6.72), alle deutschen und amerikanischen Nachrichtendienste und alle, oder äußerste nachrichtendienstliche Mittel im Rahmen von international organisierter Counterinsurgency einzusetzen, die Maßnahmen der Regierung gegen die Gruppe als eine verdeckte, menschenrechtswidrige Kriegshandlung definiert, gegen die, weil sie ihr die Verfassung der Bundesrepublik beseitigt ist, Widerstand legitim ist

Bei der Durchsicht der Namensliste fällt auf, daß ein großer Teil der Polizeien Gefangenen sich nicht an Hungerstreik beteiligen. Das warum der Hungerstreik nur kurz ausgeschlagen werden, Stellung zum Streik von einigen Fraktionen gezogen wurden, damit eine Diskussion über die RAF öffentlich beschleunigt wird. Das spricht nicht dafür, daß die angenommen wurde, sondern diese andere Stellungnahme

FLUGBLATT STRESS × 2

1. Bei unseren Bemühungen mittels Flugblättern, Sandwiches die Bevölkerung über die Verhinderung des geplanten Kraftwerkes am Oberjägerweg zu informieren kam es zu einer Auseinandersetzung mit den Bullen. Einige von uns hatten eine "eintönige" Litfasssäule geschmückt. Dennoch machten wir mit dem Verteilen und Informieren weiter. Nach einigen 100 Metern hielt plötzlich ein Bullenwagen, die von unserer Litfasssäulenverschönerung wohl nichts hielten und wollten einen von uns zwecks näherer Überprüfung mit zum Wagen nehmen (typische Bullentaktik) Da irrten sie sich. Wir hakten uns ein (Erfahrungen aus der BRD und anderswo(). Die Bullen waren anscheinend überfordert. Es gab ein Gerangel. Im Nu war noch ein Mannschaftswagen da. 10 Bullen umringten plötzlich 5 Leute. Besonders ein Bulle reagierte sehr aggressiv.So ließen wir uns überzeugen, daß es doch besser wäre mit zum Wagen zu gehen. Nach Überprüfung der Personalien wurde gegen zwei von uns Anzeige erstattet wegen "verbotenem Plakatieren und Widerstand"
Du laß dich nicht erschrecken, in dieser Schreckenszeit!!

Stadtteilgruppe Wedding

- - — — — — — — — — —

2. Wegen dieses*) Flugblatts gab es aus unerfindlichen Gründen folgenden Zwischenfall vor dem Amtsgericht Moabit (1. April -4. Prozeßtag von Peter u. Christoph): Zwei junge Polizisten verlangten das Flugblatt von zwei Frauen, die es dort verteilten. Man dachte erst, sie wollten's lesen -doch weit gefehlt, es handelte sich um eine "Anordnung von oben", das Flugblatt zu beschlagnahmen. Prompt kam natürlich auch die schlaue Frage des einen Polizisten, von wem das Flugblatt sei, worauf er zur Antwort bekam, das das ja darunter steht -Else Schmidt, Oberjägerweg, Spandau. Nun wollte er auch noch wissen, wer das denn sei, bzw. ob einer der herumstehenden Personen auf diesen Namen hörte. Als die beiden Frauen weiter verteilten und nur ihm kein Flugblatt gaben, machte er einen letzten Anlauf und sprach einen direkt an: er habe jetzt ein Flugblatt,brauchte aber drei, könnte er es nun haben? Die Antwort, man müsse es schließlich erst lesen, verwirrte ihn offensichtlich. Darauf-hin forderte er nun die Ausweise der beiden Frauen zwecks Durchsage der Personalien an seine höhere Dienststelle. Dazu begab er sich in seinen blauen VW-Bus. Seine momentane Abwesenheit nutzend, ließen sich ein paar Genossen von den Frauen die Flugblätter geben und machten sich damit vom Acker.

*) Christoph und Peter

HÄFTLINGSKOLLEKTIV

1000 BERLIN 36

DRESDNERSTR. 22

im namen des volkes bezeichnete franz josef strauß die inhaftierten in bundesdeutschen gefängnissen als "wilde tiere".
im namen des volkes setzt der gefangene sich der gefahr aus, daß gegen ihn hieb- und schußwaffen angewendet werden, wenn er sich einer meuterei schuldig macht, heißt es in einem runderlaß des hessischen ministers der justiz von 1965, wobei unter meuterei in der praxis auch gewaltloser widerstand gegen unmenschliche haftbedingungen fällt.
und - im namen des volkes - wird seit dem 16.3.1977 vier menschen im amtsgericht von schwäbisch gmünd der prozeß gemacht, weil sie die schikanen einzelner gefangenenwärterinnen nicht widerstandslos hinnahmen und andere gefangene sich mit ihnen solidarisierten.
als "meuterei" wird die tatsache bezeichnet, daß mehrere gefangene frauen im gefängnis "gotteszell" gegen die verlegung einer mitinhaftierten protestierten und die anstaltsleiterin zu sprechen verlangten.
die frauen, die um einen tisch herum saßen, hakten sich ein, um für die bullen als solche nichts, sofort auf die frauen einzuprügeln, sich die zur verlegung bestimmte zu greifen und sie so an den beinen zerrend in eine andere abteilung zu schleifen, wobei die betroffene schwere verletzungen wie gehirnerschütterung usw. erlitt.
gegen diesen unrechtmäßigen einsatz staatlicher gewalt erstatteten vier frauen strafanzeige.
daß sich staatliche gewalt nicht nur durch ihre praxis auszeichnet, sondern sich durch die justiz auch rechtfertigen läßt, zeigt die nichtverfolgung der erstatteten strafanzeige und die umwandlung der anklage in einen sogenannten meuteriprozeß gegen die vier frauen.
am 16.3.77, dem ersten prozeßtag, zeigte sich schon die feste absicht des gerichtes, die beschuldigten zu verurteilen. der richter lehnte es ab, die mehrere als pflichtverteidiger zuzulassen, d.h. die von den beschuldigten gewählten verteidiger bekamen kein geld. auf grund ihrer beschuldigung war es für die verteidigung notwendig, daß die beschuldigten in ihrer nähe säßen. man wurde vom gericht verurteilt. die beschuldigten mußten auf richterlichen spruch hin weit von ihren anwälten entfernt hinsetzen. so bittin brinitte t. stellte wegen der zeitlichen einschränkung der verteidigerrechte einen befangenheitsantrag. der prozeß wurde vertagt auf montag den 21.3.77, 9 uhr.
alarmierend ist nicht nur die tatsache, daß passiver widerstand und berechtigte forderungen als "meuterei" umgedeutet werden, sind so sich, daß "meuterei" eine kriminalisierung politischer gefangener im gefängnis und anschließender haftverlängerung bis zu fünf jahren bedeutet. legitime widerstandsformen, wie sitz-streik, demonstrative arbeitsniederlegungen, hungerstreiks usw. sollen mit polizeistaatlichen methoden unterdrückt und durch die justiz gerechtfertigt werden. schon verlangt die bayrische justiz die anwendung des § 129 a (bildung einer kriminellen vereinigung) auch im gefängnis, um eine haftverlängerung bis zu zehn jahren zu erreichen, bzw. um jede solidarität unter den gefangenen im keim zu ersticken.
die gehen in ihren methoden, die sich nicht auf gefangene beschränken, sondern ihre parallelen im öffentlichen leben haben, eine weitere mißachtung der von den politikern viel gepriesenen deutschen "rechtsstaatlichkeit" - eingeführt, die an die deutsche faschistische vergangenheit rückt. der staatliche terror manifestiert sich zu offensichtlich, um hier noch weiter aufzeigen zu müssen. die ausländische presse protestiert gegen die berufsverbotspraxis. die bertrand-russel-foundation ruft zu einem internationalen tribunal gegen politische unterdrückung und verfolgung andersdenkender in der brd auf. die hetze gegen die kernkraftwerksgegner wird in letzter zeit von den selben kräften gesteuert, wie die kriminalisierung des gewaltlosen widerstandes innerhalb und außerhalb der gefängnisse, wie das nachgewiesenermaßen vernichtungsprogramm gegen aktive und militante gegner des systems.
der prozeß in schwäbisch gmünd ist ein teil dieses staatlichen terrors, der jeden demokratisch denkenden bürger herausfordern muß und deswegen öffentlichkeit braucht. die erste solidaritätsadresse aus dem ausland ist zum in diesem fall schon eingetroffen. die "aktion unabhängiger frauen wien" solidarisierte sich mit den "angeklagten" und zweifelt an der deutschen "rechtsstaatlichkeit".

6

III. GENFER ABKOMMEN VOM 12. AUGUST 1949 ÜBER DIE BEHANDLUNG DER KRIEGSGEFANGENEN

Artikel 3

Im Falle eines bewaffneten Konflikts, der keinen internationalen Charakter hat und auf dem Gebiet einer der Hohen Vertragsparteien entsteht, ist jede der am Konflikt beteiligten Parteien gehalten, mindestens die folgenden Bestimmungen anzuwenden:

1. Personen, die nicht unmittelbar an den Feindseligkeiten teilnehmen, einschließlich der Mitglieder der Streitkräfte, welche die Waffen gestreckt haben, und der Personen, die durch Krankheit, Verwundung, Gefangennahme oder irgendeine andere Ursache außer Kampf gesetzt sind, werden unter allen Umständen mit Menschlichkeit behandelt, ohne jede auf Rasse, Farbe, Religion oder Glauben, Geschlecht, Geburt oder Vermögen oder auf irgendeinem anderen ähnlichen Unterscheidungsmerkmal beruhende Benachteiligung.

   Zu diesem Zweck sind und bleiben in bezug auf die oben erwähnten Personen jederzeit und überall verboten

   a) Angriffe auf das Leben und die Person, namentlich Tötung jeder Art, Verstümmelung, grausame Behandlung und Folterung;
   b) das Festnehmen von Geiseln;
   c) Beeinträchtigung der persönlichen Würde, namentlich erniedrigende und entwürdigende Behandlung;
   d) Verurteilungen und Hinrichtungen ohne vorhergehendes Urteil eines ordentlich bestellten Gerichtes, das die von den zivilisierten Völkern als unerläßlich anerkannten Rechtsgarantien bietet.

2. Die Verwundeten und Kranken werden geborgen und gepflegt.

Eine unparteiische humanitäre Organisation, wie das internationale Komitee vom Roten Kreuz, kann den am Konflikt beteiligten Parteien ihre Dienste anbieten.

Die am Konflikt beteiligten Parteien werden sich andererseits bemühen, durch Sondervereinbarungen auch die anderen Bestimmungen des vorliegenden Abkommens ganz oder teilweise in Kraft zu setzen.

Die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen hat auf die Rechtsstellung der am Konflikt beteiligten Parteien keinen Einfluß.

Artikel 4

A. Kriegsgefangene im Sinne des vorliegenden Abkommens sind die in Feindeshand gefallenen Personen, die einer der nachstehenden Kategorien angehören:

1. Mitglieder von Streitkräften einer am Konflikt beteiligten Partei, sowie Mitglieder von Milizen und Freiwilligenkorps, die in diese Streitkräfte eingegliedert sind;

2. Mitglieder anderer Milizen und Freiwilligenkorps, einschließlich solcher von organisierten Widerstandsbewegungen, die zu einer am Konflikt beteiligten Partei gehören und außerhalb oder innerhalb ihres eigenen Gebietes, auch wenn dasselbe besetzt ist, tätig sind, sofern diese Milizen oder Freiwilligenkorps einschließlich der organisierten Widerstandsbewegungen

   a) eine für ihre Untergebenen verantwortliche Person an ihrer Spitze haben;
   b) ein bleibendes und von weitem erkennbares Unterscheidungszeichen führen;
   c) die Waffen offen tragen;
   d) bei ihren Kampfhandlungen die Gesetze und Gebräuche des Krieges einhalten;

3. Mitglieder regulärer Streitkräfte, die sich zu einer von der Gewahrsamsmacht nicht anerkannten Regierung oder Autorität bekennen;

4. Personen, die den Streitkräften folgen, ohne in sie eingegliedert zu sein, wie zivile Besatzungsmitglieder von Militärflugzeugen, Kriegsberichterstatter, Heereslieferanten, Mitglieder von Arbeitseinheiten oder von Diensten, die für die Betreuung der Militärpersonen verantwortlich sind, sofern dieselben von den Streitkräften, die sie begleiten, zu ihrer Tätigkeit ermächtigt sind, wobei diese ihnen zu diesem Zweck eine dem beigefügten Muster entsprechende Ausweiskarte auszuhändigen haben;

5. die Besatzungen der Handelsschiffe, einschließlich der Kapitäne, Lotsen und Schiffsjungen sowie Besatzungen der Zivilluftfahrzeuge der am Konflikt beteiligten Parteien, die keine günstigere Behandlung auf Grund anderer Bestimmungen des internationalen Rechts genießen;

6. die Bevölkerung eines unbesetzten Gebietes, die beim Herannahen des Feindes aus eigenem Antrieb zu den Waffen greift, um die eindringenden Truppen zu bekämpfen, ohne zur Bildung regulärer Streitkräfte Zeit gehabt zu haben, sofern sie die Waffen offen trägt und die Gesetze und Gebräuche des Krieges einhält.

B. Die gemäß dem vorliegenden Abkommen den Kriegsgefangenen zugesicherte Behandlung genießen ebenfalls

1. die Personen, die den Streitkräften des besetzten Landes angehören oder angehört haben, sofern die Besatzungsmacht es als nötig erachtet, sie auf Grund dieser Zugehörigkeit zu internieren, selbst wenn sie sie ursprünglich, während die Feindseligkeiten außerhalb des besetzten Gebietes weitergingen, freigelassen hatte; dies gilt namentlich nach einem mißglückten Versuch dieser Personen, sich den eigenen im Kampf stehenden Streitkräften wieder anzuschließen, oder wenn sie einer Aufforderung, sich internieren zu lassen, nicht Folge leisten;

2. die einer der in diesem Artikel aufgezählten Kategorien angehörenden Personen, die von neutralen oder nichtkriegführenden Staaten in ihr Gebiet aufgenommen werden und auf Grund des Völkerrechts von ihnen interniert werden müssen, unter dem Vorbehalt jeder günstigeren Behandlung, die diese ihnen zu gewähren wünschen, und mit Ausnahme der Bestimmungen der Artikel 8, 10, 15, 30 Absatz 5, 58 bis 67 einschließlich, 92, 126 und für den Fall, daß zwischen den am Konflikt beteiligten Parteien und der betreffenden neutralen oder nichtkriegführenden Macht diplomatische Beziehungen bestehen, auch mit Ausnahme der die Schutzmacht betreffenden Bestimmungen. Bestehen solche diplomatischen Beziehungen, so sind die am Konflikt beteiligten Parteien, denen diese Personen angehören, ermächtigt, diesen gegenüber die gemäß dem vorliegenden Abkommen den Schutzmächten zufallenden Funktionen auszuüben, ohne daß dadurch die von diesen Parteien auf Grund der diplomatischen oder konsularischen Gebräuche und Verträge ausgeübten Funktionen beeinträchtigt werden.

Artikel 13

Die Kriegsgefangenen müssen jederzeit mit Menschlichkeit behandelt werden. Jede rechtswidrige Handlung oder Unterlassung seitens des Gewahrsamsstaates, die den Tod oder eine schwere Gefährdung der Gesundheit eines in seinen Händen befindlichen Kriegsgefangenen zur Folge hat, ist untersagt und gilt als schwere Verletzung des vorliegenden Abkommens. Insbesondere dürfen an den Kriegsgefangenen keine Verstümmelungen oder medizinischen oder wissenschaftlichen Versuche irgendwelcher Art vorgenommen werden, die nicht durch die ärztliche Behandlung des betreffenden Kriegsgefangenen gerechtfertigt sind und nicht in seinem Interesse liegen.

Die Kriegsgefangenen werden ferner jederze
auch vor Gewalttätigkeit oder Einschüchterung, l
lidier Neugier.
Vergeltungsmaßnahmen gegen Kriegsgefangene si

Artikel 17

Jeder Kriegsgefangene ist auf Befragen nur ver
seine Vornamen, seinen Dienstgrad, sein Geburtsda
nummer zu nennen oder, wenn diese fehlt, eine ar
gabe zu machen.

Handelt er wissentlich gegen diese Vorschrift, se
schränkung der Vergünstigungen aus, die den K
Dienstgrades oder seiner Stellung zustehen.

Jede der am Konflikt beteiligten Parteien ist verp
die unter ihrer Hoheit stehen und in Kriegsgefangen
eine Ausweiskarte auszuhändigen, auf der Name, V
grad, Matrikelnummer oder eine gleichwertige Ang
datum verzeichnet sind. Diese Karte kann außerdem
oder den Fingerabdrücken oder mit beidem sowie m
am Konflikt beteiligten Parteien für die Mitglie
wünschenswert erscheinenden Angaben versehen sein
diese Karte 6,5 × 10 cm und wird in zwei Exem
Kriegsgefangene hat diese Ausweiskarte auf jedes
weisen; sie darf ihm jedoch keinesfalls abgenommen

Zur Erlangung irgendwelcher Auskünfte dürfen
weder körperlichen noch seelischen Folterungen a
gendein anderer Zwang auf sie ausgeübt werden.
die eine Auskunft verweigern, dürfen weder bedroht noch beleidigt noch
Unannehmlichkeiten oder Nachteilen irgendwelcher Art ausgesetzt werden.

Kriegsgefangene, die infolge ihres körperlichen oder geistigen Zustandes nicht fähig sind, sich über ihre Person auszuweisen, werden dem Sanitätsdienst anvertraut. Die Identität dieser Kriegsgefangenen wird, vorbehaltlich der Bestimmungen des vorstehenden Absatzes, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln festgestellt.

Die Kriegsgefangenen werden in einer für sie verständlichen Sprache vernommen.

Wir drucken diese Artikel aus der Genfer Konvention deshalb ab, weil sie zwar öfters von den Genossen der RAF angeführt werden (siehe auch Hungerstreikerklärung), andererseits aber kaum jemand bekannt sind. Ein Kommentar erübrigt sich, weil sie unserer Ansicht nach für sich selbst sprechen. Artikel 130 liegt uns leider nicht vor.

Liebe Agit! Macht viel Arbeit und bitte sehr Mühe mit dieser Seite. HK

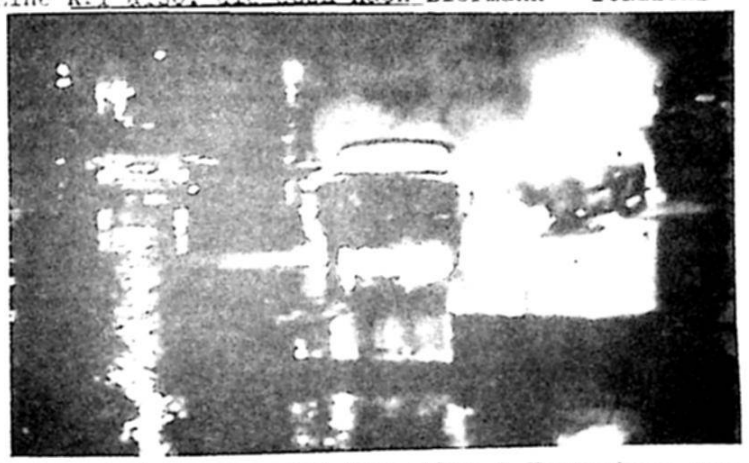
"Oh bella Italia, Traumland der Emigrationsphantasien von so manchen berufsverbotsgeplagten deutschen Genossen, wie übel versaust Dir das helle Morgenrot des EUROKOMMUNISMUS!"

oder auch:

- Fünf Tage Bologna und trotzdem wieder zurück -

Abzuhauen, bloß raus aus Berlin für'n paar Tage runter in den Frühling, so oder ähnlich vielleicht die Motivation nach Bologna zu fahren. Angeturnt auch durch die dortigen Ereignisse, die man/frau vorher vielleicht am allzeit wachsamen linken Ohr mitgekriegt hat, aber ansonsten ohne näheren Bezug. 5 Tage, die uns Erfahrung und eine Emotionalität vermittelt haben, von der wir meinen, daß sie auch für die Berliner Spontis und was sich sonst noch dazurechnet- Szene wichtig ist, gerade aufgrund einer relativen Vergleichbarkeit entstandener neuer Strukturen, neuer Verkehrsformen und politischer Ansätze, mit der Situation hier in Berlin,(ähnlich wie an der Uni im letzten halben Jahr), und der dabei doch, für uns dort viel positiveren Auflösung, dessen was wir hier als bedrückend und beschissen empfinden - gerade in unseren eigenen Kommunikationszusammenhängen -. Eindrücke, die ohne Italienischkenntnisse nur durch bruchstückhafte Übersetzungsversuche italienischer Genossen , natürlich oberflächlich und vielleicht auch gerade deshalb durch ihre bloße Erscheinungsebene nachhaltig und faszinierend gewesen sind.
Man/frau denke nur an all das, was trotz der positiven Ansätze und des Aufkommenens eines scheinbaren unsogmatischen 'Spontifrühlings' hier in Berlin chrakteristisch für eine Versammlung ist: Chaos, Schlägereien mit K- freaks, taktieren und taktieren um was weiß ich was für Mehrheiten, eine Ordnungsgremium, das formalisiert und verzweifelt Ruhe herzustellen versucht, um "verbindlich" diskutieren zu können, und als Ergebnis Frustration aller Orten. "Wieder nur scheiß Sprüche, hat der uns wieder verschaukelt, etc ...".
Entscheidend für unsere ganz anderen Erfahrungen,die nicht ganz so extreme Zusammensetzung des dortigen politischen Spektrums, bzw. daß garkeine Rollespielen der politischen Extremitäten. Klar, auch dort Chaos, keiner fängt an, 2 Stunden später als angekündigt, wiel's geregnet hat, aber doch völlig andere Formen: Keine Formalisierung, keine Diskussionsleitung, 20- minutige statements (5 minuten Redezeit, unvorstellbar dort) zwischendruch ein bischen knutschen und fummeln und hinterner fallen sich die scheinbar fickrigsten Freaks lachend um den Hals. Dazu eine Kreativität die in Wandmalereien, Liedern, Parolen zum Ausdruck kommen, die den Spaß und die Lust auch gerade der politischen Alltagsarbeit nachhaltig vermittelt. Unsere Absicht eigene Transparente mit auf die Demo zu nehmen (... und heut gibt's wieder Straßenschlacht) hätte sich insofern schon als Schlag ins Wasser erwiesen, weil's überhaupt weder Transparente noch Fahnen auf der ganzen Demo gab. Einzige Ausnahme, was schon wieder bezeichnend war, ein 5 x 2 Meter großes Comic.

und all das vor dem Hintergrund der politischen Auseinandersetzungen in Italien, die von gravierender Bedeutung für alle beteiligten italienischen Genossen sind. Kriminalisierungsversuche auf breiter Front, Gleichsetzung dieser neuen linken Bewegung mit Faschismus, Aburteilung in Schnellverfahren zu mehrjährigen Gefängnisstrafen, unter Außerachtlassung fundamentaler Rechtsgrundsätze (z.B. Anwälte werden 2 Stunden vor dem Prozeß in Kenntniss gesetzt), also ein Klima zunehmender politischer Repression und Unterdrückung. Kleine militante Gruppen (unbedeutende Teile der autonomia) werden als Vorwand für legalisierte Repression genommen.
Und in diesem ganzen
Und in dieser extremen Situation, eine KPI, die sich vor allem dadurch auszeichnet, daß sie die Hetze und die Progromstimmung, gegen diese neue und alte extraparlamentarische Linke, die anfangt, sich gegen all die Widersprüchlichkeiten der KPI, extrem am Beispiel des historischen Kompromiss aufzulehnen, und die fehlende Integrationsfähigkeit der KPI deutlich macht, am heftigsten betreibt. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns,(Nachtigal ich hör dir trapsen).
Eine KPI also, die noch nach Biermann " Italiens



Sonnenschein ...", Rudi Dutschke: " Knutschend und traumend mit Roms swingender KPI-Jugend "und von großen Teilen der Linken, scheinbar eine neue Hoffnung signalisierte, den Traum von der unbefleckten Empfängnis des Sozialismus, von der sozialistischen Rose, die ohne Dorne ist, möglich zu machen schien.
Und jetzt das! Eine KPI die offensichtlich jede studentische Basis verloren hat, die sich selber als Regierung außerhalb der Regierung betrachtet, im Zugzwang des von ihr propagierten, sogar in der eigenen Partei heftig umstrittenen historischen Kompromisses steht,und ihre Regierungsfähigkeit, die ihr von allen bürgerlicher Parteien bestritten wird, beweißen muß, indem sie sich durch verschärfte politische Repression gegenüber der extraparlamentarischen Linken als die wahren Demokraten legitimiert.
Zur Durchsetzung dieses Ziels konstruiert die KPI Zusammenhänge, die über die realen Ursachen der neuen Studentenbewegung hinwegtäuschen sollen und scheut sich dabei nicht, Horrormeldungen wie die folgende im KPI eigenen Blatt Giorni zu veröffentlichen:
"... Viele Burger haben übereinstimmend bekundet, daß si sie einige unter den Demonstranten hatten ausländisch reden hören, hauptsächlich deutsch, Die vereinfachende Antwort einiger Zeitungen hierauf lautete, daß eine Menge ausländischer Studenten an den verschiedenen Fakultäten der Universitat studieren und daß es ohne weiteres denkbar ist, dass diese sich den"Kommandos" der "autonomi" angeschlossen haben. Aber das stimmt nicht. Der größte Teil der in Bologna ansassigen ausländischen Studenten hat wissen lassen, daß sie mit den Manifestationen der Gewalt nichts zu tun hatten. Und nun ? Die Antwort darauf wird der Agent des deutschen BND (Spionage und Gegenspionage) geben können, der in engem Kontakt mit unseren Sicherheitsdiensten Stunde um Stunde, Tag für Tag die"heißen Tage" in Bologna mitverfolgt hat. ..."
Es ist klar, "... daß in Krawallen, wie denen in Bologne neue Gesichter, neue Gruppen, eingesetzt werden, Leute, die möglicherweise im Ausland angeheuert worden sind, vor allem in Deutschland. Und von daher wird es für die Sicherheitsbehörden schwierig, vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Ich wieder-hole: die politischen Ab-

... folgenden Brief hat ein Bolognaser Genosse aus dem Untergrund geschrieben, in dem ihn eine breitangelegte Kriminalisierungsaktion Polizei, Justiz und PCI getrieben hat. Franco Berardi, den seine Genossen 'Bifo' nennen, war Mitarbeiter von "Radio Alice" und der Zeitschrift A "A/traverso". Radio Alice ist in der Nacht des 12. März '77 von einem schwerbewaffneten Polizeikommando überfallen worden, alle dort zufällig Anwesenden sind verhaftet worden . Die PCI hat in der darauf folgenden Ausgabe ihrer Tageszeitung 'Unità' dazu aufgerufen, die wahren Hintermänner des linken Senders ausfindig zu machen und strafrechtlich zu verfolgen. Wenige Tage später erging gegen Bifo Haftbefehl wegen Aufforderung zu strafbaren Handlungen (Strafandrohung 1 - 5 Jahre), krimineller Vereinigung (3 - 7 J.) und subversiver Vereinigung (5 - 12 J.), Straftatbestände, die aus dem unter Mussolini geschaffenen Strafgesetzbuch stammen.

Die Verfolgung Bifos richtet sich einzig und allein gegen die Meinungsfreiheit insofern diese auch von der radikalen Linken beansprucht wird, und gegen die Instrumente, die sich die revolutionäre Bewegung zur Information und Kommunikation geschaffen hat. Deswegen und nur deswegen war Bifo bereits vor einem Jahr für ein paar Wochen in den Knast gesteckt worden. Alle anderen Vorwürfe, die ihm gegenüber von Polizei, Justiz und PCI erhoben werden, wie etwa, er habe in Bologna und Rom bewaffnete Auseinandersetzungen vorbereitet und organisiert, sind vider besseres Wissen inszenierte Provokationsmanöver.

OFFENER BRIEF EINES 'PROVOKATEURS'

Angesichts ihres Verlusts an Glaubwürdigkeit und angesichts der inzwischen offen zutage tretenden Krise des politischen Konsenses offenbart das herrschende System seine ganze Brutalität und seinen Wahnsinn.

Das herrschende System hat in vorausberechneter Weise Francesco Lorusso umgebracht. Haufenweise Zeugenaussagen haben offengelegt, wer ihn umgebracht hat und wie dies geschehen ist; und dennoch versuchen die Herrschenden , ein weiteres Provokationsmanöver zu inszenieren: Gerüchte reden von jemanden, der von ausserhalb gekommen ist, um zu schiessen; das wird dann später wieder von der selben Untersuchungskommission abgestritten, aber einstweilen versuchen die Herrschenden, dieses Manöver durchzuspielen.

Und nicht genug damit, Radio Alice wird angeschuldigt, die militanten Auseinanderstzungen von Freitag und Samstag (11./12.3., Anm.d.RED.) organisiert zu haben. Radio Alice hat nichts anderes getan, als die Bewegung zu Wort kommen zu lassen, als Telefonanrufe in Direktübertragung zu senden. Aber inzwischen wird versucht, die ganze Bewegung zu treffen, indem eines ihrer Informationsinstrumente getroffen und kriminalisiert wird. Aber auch das genügt noch nicht, es wird versucht, eine Verbindung zwischen Radio Alice und den römischen Kollektiven der via dei Volsci herzustellen. Und mir persönlich wird vorgeworfen, diese Verbindungen unterhalten zu haben. Abgesehen davon, dass ich mit vielen der von den Genossen der via dei Volsci in keinster Weise einverstanden bin - was hier allerdings nicht zur Debatte steht - , habe ich selbst nichts anderes getan, als für die Information innerhalb der Bewegung zu arbeiten, und die Thesen zur Verbreitung zu bringen, die von dieser Bewegung produziert werden, und das alles unter dem hellen Licht des Tages.

An diesem Punkt wird klar, was die Herrschenden in Bologna anstreben: nachdem sie gesehen haben, dass die Bewegung keinen Fussbreit an Boden abgibt in ihrem Massencharakter und in ihrer Fähigkeit zur Initiative, nicht nur gegenüber dem jugendlichen Proletariat und den Studenten, sondern auch gegenüber der Arbeiterklasse, versuchen sie nun, eines ihrer Instrumente zu isolieren, indem sie es als Anstifter und Organisator denunzieren; aber der Bereitschft zum Kampf organisiert sich von selbst, sie stiftet sich aus sich heraus an.

Oder wollen sie vielleicht auch die Demonstration von 20.000 Arbeitern und Studenten einem Komplott zuschreiben, die in Turin durch die Strassen zogen, nachdem sie der Gewekkschaftskundgebung den Rücken gekehrt hatten, und die dabei gerufen haben: "L'unica vera provocazione è il governo dell'astensione"? (Die einzige wirkliche Provokation ist die Regierung der Enthaltung; d.h. die Regierung, die sich nur durch die parlamentarische Enthaltung, durch die Nicht-Opposition der PCI auf den Beinen halten kann. - Anm.d.Red.) Oder wollen sie die 15.000 Genossen einem Komplott zuschreiben, die in Bologna durch die Strassen der Innenstadt demonstrierten, anstatt sich anzuhören, wie Zangheri die Bewegung attackierte. (Der PCI-Bürgermeister, auf der Kundgebung der "schweigenden Mehrheit" vom 15.3. - Anm.d.Red.)

Die Herrschenden sollten doch endlich mal aufhören mit ihrer makabren Farce. Es gibt kein Komplott, dass es fertigbrächte, diese riesige Welle hervorzubringen, die heute das christdemokratische Machtsystem und den Burgfrieden mit dem Kapital unterspült.

Ich - Franco Berardi, genannt Bifo, wie die bürgerlichen Zeitungen schreiben habe meine persönliche Lust an der Veränderung der Welt und des Lebens angestiftet und organisiert, meine persönliche Wut gegen die Mörder von Francesco Lorusso. Ich habe meine Person und meine Bereitschaft in den Dienst dieser Bewegung gestellt, die im Wachsen begriffen ist gegen die Gesellschaft der R Opfer, des Elends und der Ausbeutung. Ich habe weder komplottiert, noch Verbindungen gehalten, noch organisiert.

Ich habe versucht, eine unaufhaltsame Tendenz auf die Befreiung hin zu verstehen und sie zu formulieren. Für die Idiotie der Herrschenden bedeutet das ein Komplott, wenn diese Tendenz auf den Begriff gebracht wird.

Ich bin mir der Tatsache bewusst, dass die Brutalität der Herrschenden sich ihre Opfer sucht und dass diese nicht im geringsten vorhaben, die Wahrheit anzuerkennen und zu respektieren (der Beweis dafür ist die Verurteilung von drei Genossen in einem Schnellprozess, die Verhaftung von Genossen, die im Senderaum von Radio Alice festgenommen worden sind, von dem aus hunderte und aberhunderte von Genossen gesendet haben, sowie das Kriminalisierungsmanöver gegen mich).

Deshalb mache ich meine Aussage vor der Bewegung, die ich - wie immer mit erhobener Faust - grüsse. FRANCESCO BERARDI

teilungen der verschiedenen Polizeibehörden könnten größere Erfolge erzielen, denn es ist klar, daß jedes Kommando, das in einer fremden Stadt ankommt, hier wie im Ausland, stets mit wenigstens einem Kontaktmann an dem betreffenden Ort Verbindung aufnehmen muß, und wenn dieser jeweilige Kontaktmann 24 Stunden am Tag kontrolliert würde, dann könnten auch die von weither gekommenen Guerrilleros oder Killer identifiziert werden".

Alles gegen eine Massenbewegung, die entstanden ist, auf der einen Seite aus dem Kampf gegen die technokratische Hochschulreform und akademischer Arbeitslosigkeit (seit Wochen Streiks und Besetzungen fast aller italienischen Uni's) andererseits aus dem Heer jugendlicher Arbeitslosen, also aus proletarischem Milieu rekrutiert. Eine Bewegung, die die Identifikationsmöglichkeit, vielleicht im Moment nur über die Konfusion vermittelt, als einzige Möglichkeit human zu leben. In diesem Zusammenhang ist die Kriegserklärung der"indiani metropolitani", die eine wesentliche Gruppe dieser neuen Bewegung ist, zu begreifen und die aber dabei nichts anderes demonstriert, als die reale Unruhe, Unzufriedenheit und die Suche nach neuen Lebensformen.

Warum in Bologna ?

Bologna: 500 000 Einwohner - 60 000!Studenten, privilegiert ist der, der nicht mit mehreren Anderen auf einem Zimmer zur Untermiete wohnt
andererseits am längsten von allen Städten KPI-veraltet also sozial - Nulltarif der öffentl. Verkehrsmittel

Radio "Alice" (Francesco rechts hinten)

Die KPI regiert Bologna seit Kriegsende. Also muß es Bologna sein, wo die DC (democratia christiana) der KPI die Regierungsunfähigkeit, nämlich nicht in der Lage zu sein, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, nachzuweisen versucht, denn gerade hier hatte sich die KPI bis jetz in jeder weise als regierungsfähig bewiesen.

Die Kriegserklärung der Stadtindianer von Rom

Die Stadtindianer von Rom sind eine Gruppe von Studenten und sonstigen Freaks, die bei den Auseinandersetzungen der letzten Wochen (Besetzung der Unis, Vertreibung des Gewerkschaftsführers Lama und seiner Ordnungstruppen aus der Uni, nationaler Studentenkongreß in Rom, Verteidigung besetzter Häuser) immer mittendrin waren und mit ihren Kampfinhalten (Wiederaneignung des eigenen Lebens und der Natur) mit ihrer Lebendigkeit und ihren kreativen Aktionsformen gezeigt haben, daß es auch an den Unis in Italien um mehr geht als die augenblickliche Verhinderung der technokratischen Hochschulreform (Malfatti-Projekt). Bei dem nationalen Studentenkongreß vor 14 Tagen haben sie folgende Kriegeserklärung verlesen:

„Wir haben lange um das Totem unseres Hellen Wahnsinns getanzt. Wir haben rund um das Feuer unserer Menschheit getanzt und gespielt. . . Wir haben getanzt und gekämpft – mit vom Regen durchnäßten Gesichtern und vom Wind zerzausten Haaren. Die Zeit der großen Regen ist vorbei. . .

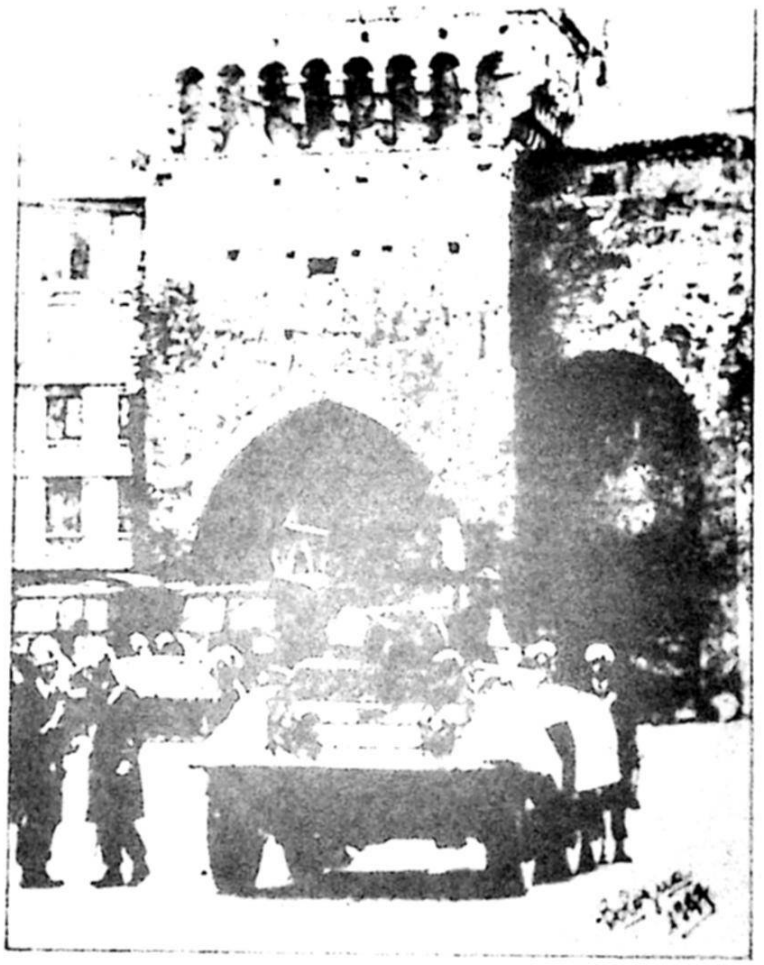
10, 100, 1000 Hande haben sich – uberall – in die Hohe gestreckt, um das Kriegsbeil zu erheben!! DieZeit der Sonne und der 1000 Farben ist gekommen. . . Es ist Zeit, daß das Volk der Menschen in die grunen Täler und Ebenen hinuntersteigt, um sich die ganze Welt, die ihm gehört, wiederzunehmen. Die blauen Jacken (mit ihren sauberen Anzügen) haben alles zerstört, was früher einmal lebendig war. Sie haben den Atem der Natur mit Stahl und Zement erstickt. Sie haben eine Wuste des Todes geschaffen und nennen sie „Fortschritt". !

Aber das Volk der Menschen hat zu sich selbst zurückgefunden, zu seiner eigenen Starke, zu seiner Lebensfreude und zu seinem Willen zu Siegen und schreit heute – lauter denn je – mit Freude und Verzeiflung, mit Liebe und Haß: Krieg!!!!

1) Freiheit fur Paolo und Daddo und alle gefangenen Genossen;
2) Abschaffung der Jugendknaste (als ein Schritt zur Abschaffung aller Knaste), Abschaffung der Ausweisungsbestimmungen;
3) Bereitstellung aller leerstehenden Hauser zur Nutzung als Kommunikationszentrum fur die Jugendlichen, um anders als in Familien zu leben;
4) Öffentliche Finanzierung der alternativen „release" Zentren (zur Entwöhnung von Heroin) und aller selbstverwalteten kulturellen Initiativen;
5) Allgemeine Herabsetzung der Preise für Kinos, Theater und alle kulturellen Initiativen auf eine von der Jugendbewegung bestimmte Summe;
6) Völlige Freigabe von Marijuana, Hasch, LSD; freier Gebrauch, Mißbrauch, Vertrieb und Kultivierung dieser Drogen mit einem Monopol der Jugendbewegung darüber;
7) Entlohnung des jugendlichen Faulseins;
8) Ein Quadratkilometer Grün für jeden Menschen und jedes Tier;
9) Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf alle Kinder, die – wenn auch auf allen vieren – von zuhause abhauen können und wollen.
10) Sofortige Freilassung aller in Häusern und Käfigen gefangenen Tiere;
11) Sofortige Schließung und Abriß des Zoos; freie Rückkehr aller gefangenen Tiere in ihre Heimatländer;
12) Abriß des Vaterlandsaltars (auf dem Piazza Venezia in Rom), Ersetzung desselben mit allen Vegetationsarten, mit den Tieren, die sich spontan dieser Initative anschließen, mit einem Teich für Schwäne, Enten, Frösche und andere Wassertiere;
13) Alternativer Gebrauch der Herkules-Flugzeuge zum Nulltarif-Flug der Jugendlichen zum Machupiju in Peru, um dort das Fest der Sonne zu feiern;
14) Historisch-moralisch-philosophische Wiederaufwertung des Archeopterix (erster Reptil-Vogel, der in der frühen Morgendämmerung der „Kultur" aufgetreten ist).

Die Versammlung des Volkes der Menschen schlägt vor, ab sofort auf Stadtteilebene militante Antifamilien-Wachen einzuführen, um die Jugendlichen und besonders die jungen Mädchen der patriarchalischen Tyrannei zu entreißen.

Die Stadtindianer rufen die ganze kreative Jugend auf, ein nationales Happening der Jugendbewegung vorzubereiten, um den Beginn des Frühlings zu feiern.



Chronik

11. März
Am Vormittag findet eine Veranstaltung einer klerikal-reaktionären Organisation (vglb. Bund Freiheit der Wissenschaft) in der Uni statt. 5 Genossen werden rausgeschmissen und verprügelt. Der benachrichtigte Unipräsident ruft sofort dringend die Polizei.
Gegen 13 Uhr kommt es zwischen Polizei, Carabinieri und den inzwischen angesammelten Studenten zu einer Strassenschlacht nachdem die Cara ohne Grund tränengas in die Menge geschossen hatten. Ein Molli fliegt gegen einen Wagen. Die Studenten ziehen sich zurück. Ein Cara- springt aus dem Wagen, kniet nieder und feuert gezielt seine Pistole ab. Francesco Lo Russo wird tödlich getroffen und stirbt wenige Minuten später.
Spontan beginnen die Studenten sich in der Uni zu verbarrikadieren. Gegen 17.30 Uhr bildet sich e ein Demonstrationszug zum Parteigebäude der DC. Bei sämtlichen Banken und Luxus-Geschäften gehen die Schaufenster zu Bruch. Beim DC-Sitz - Strassenschlacht. Man zerstreut sich in verschiedene Richtung. Der Bahnhof wird für eine halbe Stunde besetzt. An verschiedenen Stellen der Stadt gibt es Barrikaden und Brände. Auf der von der KPI um 6 eingerufenen Großkundgebung werden Polizeieinsatz, Schußwaffengebrauch aber vor allem die"Gewalt der Studenten" verurteilt. Die Studenten werden am Reden gehindert.

12. März

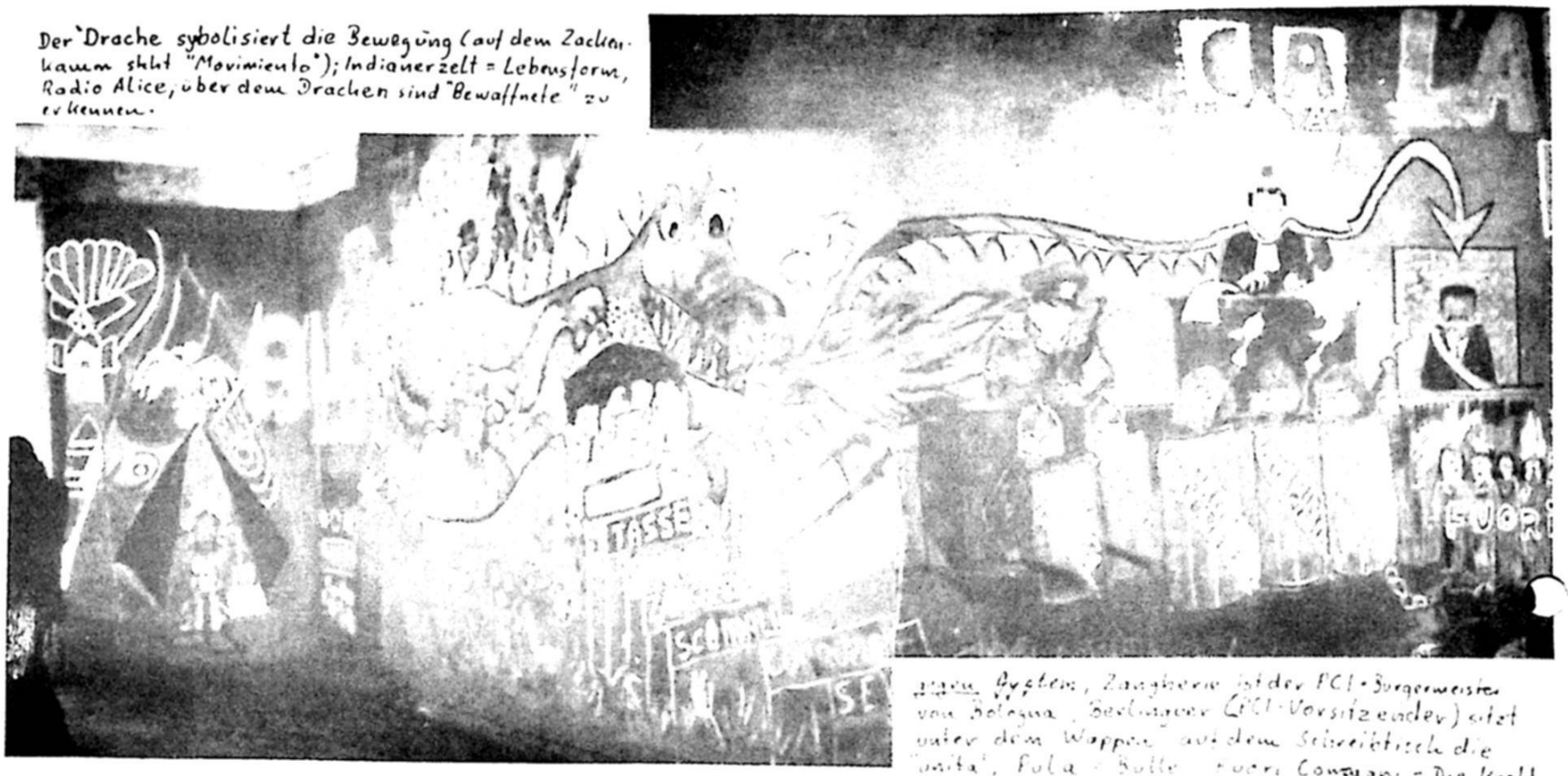
Gegen 1o Uhr Kundgebung der KPI. Gegen 17 Uhr versucht die Polizei das Uni-Viertel zu räumen Es kommt zu schweren Barrikadenkämpfen, ein Waffengeschäft wird ausgeräumt. Kurz vor Mitternacht überfällt die Polizei den Sender "Radio Alice" der eine wesentliche Koordinationsaufgabe hat. Es wird bis zum letzten Moment gesendet. 5 Genossen werden verhaftet.

← Das einzige auf der Demonstration in Bologna getragene Transparent (getragen von den Stadtindianern) SACRIFICI = Opfer.

10

WANDMALEREI der "indiani metropolitani" (Stadtindianer) an der Uni in Bologna

Der Drache sybolisiert die Bewegung (auf dem Zaun kann man lesen "Movimiento"); Indianerzelt = Lebensform, Radio Alice, über dem Drachen sind "Bewaffnete" zu erkennen.



Im Zentrum (Typhon, Zangheri ist der PCI-Bürgermeister von Bologna, Berlinguer (PCI-Vorsitzender) sitzt unter dem Wappen auf dem Schreibtisch die "unità", Pula = Bulle, Forza Compagni = Die Kraft der gefangenen Genossen.

13. März

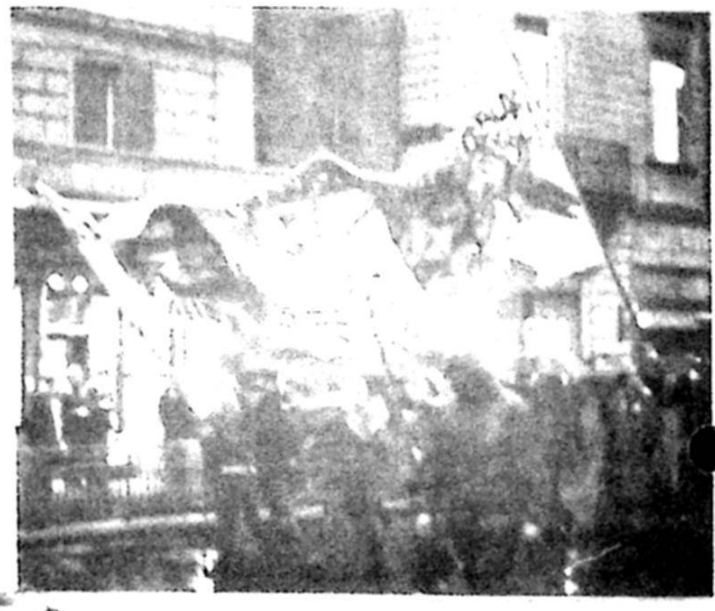
In den Frühen Morgenstunden wird die Uni geräumt. Selbst kleinste Diskussionsgruppen werden von der Polizei sofort mit Tränengas aufgelöst. Um 12 Uhr beginnt Radio Alice unter dem Namen "12. März" wieder zu senden und wird am gleichen Abend von der Polizei wieder beschlagnahmt. Ankündigung des Ausnahmezustandes durch DC Innenminister Cossiga für den Fall weiterer Auseinandersetzungen.

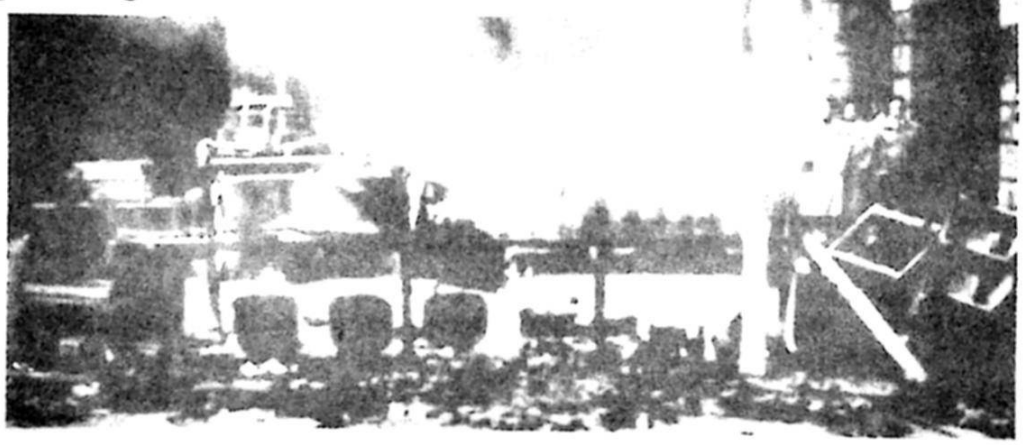
14. März

Allgemeines Demonstrations- und Versammlungsverbot in Bologna. Die Bitte Radio Alices den Sender einer anderen Linken Gruppe (PDUP) wird mit der unvereinbarkeit ihrer Linie mit den Autonomisten von Radio Alice kategorisch abgelehnt. Aufruf sämtl. parlamentarischer Parteien (ohne Radikale Partei), Gewerkschaftsführung, Stadt und Provinzialverwaltung zu einer gemeinsamen Kundgebung zur "Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und demokratischen Ordnung", sowie "für die Festigung der Bindung zwischen der Bevölkerung und dem demokratischen und repuplikanischen Institutionen des Staates".

15. März

an der Kundgebung nahmen ca. 200 000 aus der ganzen Region Bologna teil.





Wedding Wedding Weddi

Das Eröffnungsfest vom "Anderen Laden"(Sa.,den26.2. und was sich daraus am Entwickeln ist:

Also das Fest war ungeheuer durfte,da läßt sich nic cht dran rütteln!!!!! Eigentlich hatten wir uns die esen Termin gestellt,um uns selber unter Druck zu setzen; derANDERE LADEN sollte nämlich fertig werde n.Die Renovierungsarbeiten haben sich seit August mehr als träge dahingeschleppt,es hätte vielleicht schneller gehen können. Aber so ist das nun mal mit der Selbstorganisatin,das ist garnicht so ein fach. (Darüber könnten wir auch mal schreibem). Dufte war,daß wir durch "Beziehungen"(Info zb)viel e Sachen und Hilfe bekamen,daß sich nach einer Ab schlaff-Phase immerwieder Leute zum Renovierungs treffen einfanden. Es ging langsam voran,so etwa

aber es ging immerhin vo ran. Zum Fest mußte der Laden fertig sein und das war gelungen als wir uns mit gemischten Gefühlen am 26. zu den letzten Festvorbereitungen im Laden trafen. Und dann gings los!! Ab 15. Uhr gabs was für die Kinder(Ballwerfen, Klingelspiel, selbstge backene Waffeln, Spielzeug-Trödel, Bonbons usw)und eine gepflegte Kaffeetafel für die Älteren zu dene n wir uns auch zählten. Der Laden soll schließlich nicht nur für die Bewohner der Bellermannstr. sein sondern auch (und als erstes)für uns. Aber darübe r gehen die Meinungen noch auseinander da gibt es unterschiedliche Politik-Verständnisse unter uns. (Politik für andere und so auch für einen selber/ Politik für die eigenen Bedürfnisse mit anderen zu sammen.) Der ÄltesteLadenb esucher war 93 Jahre alt und kam zufällig vorbei, die Jüng ste Besucherin krabbelte auf dem Boden herum. Wir hatten uns nicht träumen lassen, daß so viele unte rschiedliche Leute Interesse an uns und dem ANDEREN LADEN zeigen würden. Aus unserem Haus waren auch ei nige gekommen, so konnten Wir uns mal näher beschnu uppern. in der Woche vor dem Fest hatten wir die Le Leute persönlich eingeladen, hatten Zettel in Brief kästen verteilt, Plakate aufgehängt und waren mit d dem selbstgetexteten Bellermannlied auf die Hinterh höfe singen gegangen. Wir hatten Erfolg damit. Das nächste Mal müßten wir allerdings mehr die Ausländ dischen Bewohner ansprechen, es kamen nur die mit Deutschkenntnissen.Andererseits spricht von uns auc h nicht türkisch oder spanisch, da gibt es noch ein Loch.Der Laden war jedenfalls voll. Außer essen un d trinken konnte man/frau sich informieren Leute k kennenlernen,Trödel ersteigern (es gab ne dufte Tr ödelmadenschau), selber Musik machen und mitsingen tanzen und quatschen und einfach lustig sein, bis 2 Uhr nachts.

Am Sonntag trafen wir uns dann zum Aufräumfrühstück wo so eine dufte Atmosphere entstand,daß daraus unser sogenanntes "VOLKSFRÜHSTÜCK"(hi hi!!)jeden Sonntag ab 11Uhr entstand. Jeder Volks-Frühstücer bringt mit, was der Eisschrank hergibt.Zwischen durch zeigen wir manchmal zur Verdauung Dias, machmal Fotos,machmal Filme. Weil das gemeinsame Frühstück am Sonntag ungeheuer Spaß macht,ganz im Gegenteil zum Frust-und Stress-Ladenplenum,haben wir uns gedacht ,daß wir letzteres anders organi sieren müssen. Wir haben uns entschlossen vorerst auf dem Sonnabendsplenum laderinterne Themen (Höch stens 2) zb 1.Mai-Fest, neue Gruppen usw. zu disku tieren. Das Selbstorganisatorische wie Infotermine ,Spandau,Westtangente, Ladentermine,Gruppentreffen usw soll auf eine Tafel geschrieben werden,so daß dieser nervende Kleinkrieg vom eigentlichen Plenum wegfällt.AUF DIESER TAFEL STEHEN WIR ES IST UNSERE GEMEINSAME PLATTFORM!!!!
Freitagabend gibts den OFFENEN ABENDab 17Uhr. da soll über Rechts -und Linksprobleme informiert wer den.und es soll ein lockerer Treffpunkt sein,an de m auch die Gruppen über ihre Arbeit erzählen könne n.Vielleicht machen wir auch mal Musik. Das war da s Fest und seine Folgen.

"PS: Über die Linksprobleme bei uns in der Gruppe könnten wir auchmal schreiben?!?!?!

M+M

ULRIKE MEINHOF-DEMO

FASCHISTISCHER HAFTBEFEHL WIEDER AUFGEHOBEN!

Wie schon im Info 145 berichtet, erließ die Justiz der kapitalistischen Banditen am 26. Januar 77 gegen einen Genossen H a f t - b e f e h l .

Der Genosse war an diesem Tag entschuldigt (Attest) einem Hauptverhandlungstermin ferngeblieben. Die Anklage warf ihm : Widerstand und vorsätzliche Körperverletzung vor, anläßlich der Protestdemonstration (11.5.76) nach der Ermordung von Ulrike Meinhof.

Das sah so aus: Etwa um 2o.45 Uhr ging ein Aufklärungs- und Festnahmekommando der Berliner Polizei in Höhe des Lokals "Drei Bären" (das sind etwa 2oom vom Kranzlereck aus in Richtung Halensee) gegen sich auf dem Gehweg befindende Personen vor. Sie griffen sich den Genossen willkürlich heraus und schlugen ihn brutal zusammen.
Er und zahreiche andere so verhaftete Genossen wurden in verschiedene Polizeikasernen verschleppt. Die meisten wurden später, teils unter Anwendung von Gewalt erkennungsdienstlich behandelt.

DIESER HAFTBEFEHL EIN REAKTIONÄRES STÜCK PAPIER.

Die Absicht des Haftbefehls: Untersuchungshaft zu vollstrecken scheiterte nach über 4 Wochen Fahndung erbärmlich, so verkommen, wahnwitzig und faschistisch sie auch war. Das ist ein großer Sieg in diesem konkreten Fall.
Auch der Einsatz von 8 Zivilpolizisten, die den Genossen im Morgengrauen aus seiner Wohnung holen sollten, blieb ein Schlag in's Leere. Eine größere Fahndung konnte sich die Justiz nicht leisten, das hätte ihr politisch zu sehr geschadet, hätte ihre Unterdrückungsfunktion unfreiwillig öffentlich gemacht.
Wir sehen, die Bourgeosie kann nicht immer wie sie will, sie ist ein Papiertiger.
Der Schritt in die Öffentlichkeit (z.B. Info 145) zwang die Klassenjustiz zum Rückzug. Sie hob den Haftbefehl auf. In der "Begründung" rügte sie das Gericht : die Ladung des Angeklagten zur Hauptverhandlung sei nicht ordnungsgemäß gewesen, da sie nicht abgeholt wurde (auf der Post) und das Polizeirevier sei der Meinung, der würde da auch gar nicht mehr wohnen wo er gemeldet ist. Um die Anerkennung des ärztlichen Attestes drückten sie sich so herum.

WEG MIT DER ANKLAGE

Die Anklage besteht immer noch. Wir müssen ohne Illusionen zu haben gegen die Verbrecher und Banditen in "Amt und Würden" welche sich "hohes Gericht" nennen, kämpfen. Jeder der als Zeuge soche Terrorakte gegen die Berliner Bevölkerung gesehen hat, muß sich umgehend melden, bei R.A. Harald Remé Tel.: 693 3o31 .
An sämtliche Genossen, die auch festgenommen wurden: Der Staatsapparat spekuliert darauf, daß ihr das als Eure private Sache betrachtet, daß ihr hofft, mit "heiler Haut" davon zu kommen. Viele von Euch tun das, der "Dank" der Justiz wird sein Euch einzeln zu verurteilen, wollt ihr auf deren "Gnade und Einsicht" spekulieren?

An die Genossen, die nicht Arschlecker der Bourgeosie sind, es besteht die Möglichkeit die Prozesse zusammenzulegen, damit ließe sich unsere Situation politisch wesentlich verbessern. Kontaktmöglichkeit : R.A. Harald Remé (siehe oben) Gebt Eure Namen und Adressen an. (Der Staat hat sie eh!)

WEG MIT ALLEN ANKLAGEN,
NIEDER MIT DEM POLIZEITERROR

NIEDER MIT DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN

SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN, SCHAFFT ROTE HILFE

KAMPF DER ZUNEHMENDEN FASCHISIERUNG DES BÜRGERLICHEN STAATSAPPARATES

Grohnde 12

Bericht eines AKW-Gegners von seiner Festnahme durch die Polizei bei der Demonstration gegen den Bau des AKW in Grohnde am 19. 3. 77.

Ich bin ein AKW-Gegner und kämpfe gegen den Bau der AKW's, weil sie unser aller Leben gefährden und den Herrschenden die Möglichkeit schaffen in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen, die sie für ihre Weltmachtpolitischen Ziele brauchen wollen. Deswegen habe ich am 19.3. an der Demonstration gegen das geplante und im Bau befindliche AtomKW in Grohnde teilgenommen.
Bei dem Polizeiangriff auf die Demonstranten wurde ich am Baugelände festgenommen.
Im folgenden will ich kurz schildern, wie die Polizei unseres demokratischen Rechtstaates mich behandelte:
Nach der Festnahme wurde ich an Ort und Stelle brutal niedergeknüppelt. Dann hetzte die Polizei einen scharfen Hund auf mich, der mich mehrmals biß. Daraufhin wiesen die Beamtendie um mich herumstanden mir mit dem Knüppel die Richtung, in die ich zu laufen habe. Nach dem Hundebiß konnte ich aber nur noch humpeln, da der Hund mir eine schwere Bißwunde am Bein beibrachte, die fürchterlich schmerzte. Ich war so fertig, daß ich in den Mannschaftswagen kriechen mußte. Dort nahm ein Polizeibeamter meinen Kopf zwischen seine Beine und preßte ihn. Er forderte mich auf meine Brille abzunehmen, was ich natürlich schleunigst tat. Dann schlug er- meinen Kopf zwischen seinen Beinen auf mich und Kopf ein. Das geschah dann während der Fahrt öfters. Als der Wagen hielt, konnte ich mich nur mit Mühe rausschleppen. Ein Polizeibeamter packte mich sofort im Polizeigriff, zerrte mich vom Boden hoch und stieß mich vor sich her, obgleich ich vor Schmerzen schrie. Er wollte mich in ein Gebäude drängen, was ein anderer verhinderte, indem er mich mit Absicht gegen das Schienenbein trat in das der Hund gebissen hatte. Draußen wurde mir die Kleidung vom Hals gerissen und dabei zerfetzt. So mußte ich mehrere Meter humpeln. Dann wurden mir die Schuhe von den Füßen gezerrt und meine Badehose runtergerissen- das letzte was ich überhaupt anhatte. Man zog mir wieder eine Hose an, die mich aber nicht bekleiden konnte und von Wasserwerfern völlig durchnäßt war. Man warf mir ein nasses Hemd zu, was ich trotzdem schnell anzog, denn es war draußen furchtbar kalt. Dann brüllte man mich noch an, ich solle meine Schuhe wieder anziehen die ebenfalls durchnäßt waren. Die Schnürbänder fehlten. So hatte ich keinen Halt mehr, wodurch das Aufrechthalten noch mehr erschwert wurde. Alles andere wurde beschlagnahmt. Danach wurde ich weitergeschleift, während Beamte ihre beleidigenden Sprüche losließen. Ich wurde wieder in ein Polizeifahrzeug gestoßen und mit Handschellen angekettet, die so eng wie möglich angelegt waren. Als ich so gefesselt war höhnte ein Beamter: "Ein guter Demonstrant weiß, wenn er jetzt flieht wird er erschossen!"
In der nassen und vom Tränengas durchzogenen Kleidung mußte ich ewig in dem Polizeifahrzeug warten, bis ich "sanitätsmäßig" behandelt wurde.

Danach war die Zeit der Schläge, Bisse und Prügel vorbei.
Ich wurde zu einem Polizeihubschrauber geschleppt, der mich in ein anderes Gelände brachte. Vom Polihubschrauber aus schleiften mich 2 Beamte wieder in ein Fahrzeug. Umstehende Polizisten stürmten auf mich ein und wollten mir Beine machen, was dann nicht geschah, weil die beiden Beamten bemerkten: "Der ist schon fertig, der tut nichts mehr!"
Ich wurde angekettet und nach Hameln transportiert. Während der Fahrt wurde mir draußen ein Schild mit einer Anwaltsnummer gezeigt. In Hameln wurde ich in eine grüne Mina verladen. Dort drin saß ich 5 Stunden in meiner dürftigen, durchnäßten Kleidung. Geheizt war nicht; Arzt, Rechtsanwalt, Essen und Trinken wurde mir verweigert. Schließlich wurde ich auf das Polizeirevier gebracht wo die Anwälte Hausverbot hatten, wie ich im nachhinein erfuhr. Meine nochmalige Forderung nach Anwalt und Arzt wurde mir wieder verweigert.
Immerhin gab man mir eine Telefonleitung mit der Bemerkung: "Hier können sie einen Anwalt anrufen!"- aber die Leitung war tot. Dann wurde ich erkennungsdienstlich behandelt. In mehreren Zimmern des Polizeigebäudes wurde mir gesagt: "Ein Polizist sei von Demonstranten mit der Mistgabel durch den Hals gestochen und tot." Danach wurde ich vernommen.- mehrmals- wobei es nur eine Vernehmung im Protokoll gab. Eine Aussage habe ich überall verweigert
In Hannover wurde ich eine Zelle gesteckt, die zwei nebeneinanderliegende Türen mit je einem Guckloch hatte. In der Zelle selbst waren nur ein Bettgestell, eine Matratze und eine dünne Decke. Am nächsten Tag wurde mir in aller Frühe die Decke weggenommen. Die Hitze wurde in der Zelle unerträglich. Fenster waren verschlossen. Dann bekam ich endlich etwas zu beißen.
Später erhielt meine Rechtsanwältin Zutritt zu mir. Nach ihrem Besuch wurde die Zelle durchsucht.

An dieser Stelle möchte ich all denen danken, die am Sonntag Nachmittag vor dem Polizeigefängnis für die Freilassung aller verhafteten AKW-Gegner demonstriert haben, obwohl die Polizei brutal gegen sie vorging.
Noch am selben Tag nach der Demonstration sah ich die F r e i h e i t wieder.

Mehr oder weniger Lichtes aus dem Lichthof vom AKW-Gegner-Treffen am 30. 3. 77

* *

Wir haben uns - entgegen dem Trend der Weltbevölkerung leider nicht vermehrt, sondern im Gegenteil. Es fehlten mehrere Gruppen, die in der vorigen Woche dagewesen waren. Wo seid ihr geblieben? Bitte kommt bald wieder. Nächstes Treffen am

Mittwoch, d. 6.4. 77 um 19 Uhr
in der Fachhochschule f. Wirtschaft (FHW)
Berlin 62, Badensche Str.

Seid pünktlich, wir haben den Raum nur bis 22 Uhr!

Gesprochen haben wir am 30.3. darüber, was wir an Ostern machen wollen bzw. können. Es gab mehrere ganz gute Vorschläge, von denen ich nur die berichte, auf die wir uns dann geeinigt haben:
I. Ostersonntag: Fahrradkorso (mit shön geschmückten Fahrrädern, z.B. Fäustchensonnen mit Sonnenfäustchen) von
nach Spandau (Forscht). Dazu sind alle Berliner Fahrräder und ihre Fahrer herzlich eingeladen. Abfahrt um Im Spandauer Forst wollen wir uns dann unter Ostereier und -hasen mischen und sie zwar nicht radio-, aber aktiv bestrahlen (Aufklärungsmaterie verteilen, Stolti-Schokolade verkaufen u.ä.).
2. Ostermontag: nachmittags (so ab ein Fest der Berliner AKW-Gegner im Tiergarten mit Musik, Straßentheater, Spielen und was uns und anderen so einfällt.

Das war's . Mit dem Gedanken an einen Ostermarsch oder Spaziergang haben wir uns nicht mehr weiter aufgehalten, einmal weil der Weg nach Rheinsberg in der DDR, wo "unser" nächstes KKW steht zwar nicht für die Radioaktivität, wohl aber für uns zu weit und beschwerlich ist, andererseits wegen der Kürze der Vorbereitungszeit auch für einen Spaziergang innerhalb der Grenzen dieser Stadt. Übrigens was die KKWs in der DDR angeht, sollten wir uns wirklich mal Gedanken machen. Ein erster Vorschlag am letzten Mittwoch, de r nicht weiter besprochen wurde: Luftballons mit Informationen über KKWs, ihre Gefahren in Ost und West... in die DDR schicken.

Um eine „kritische Überprüfung des Selbstverständnisses der Polizei" wollte sich die Polizistin in Hannover bemühen, als sie diese mit einem Plakat, auf dem sie [illegible] abmalte, [illegible] Bündnis, steht [illegible]

BÜRGERINITIATIVE KRAFTWERK OBERHAVEL /OBERJÄGERWEG

Dieser Text wurde auf dem letzten Plenum der BI in Spandau als Flugblatt verteilt.

STELLUNGNAHME ZUM PLENUM DER BI KRAFTWERK OBERJÄGERZEG VOM 24.3.

In Anbetracht der für die weitere Entwicklung der BI entscheidenden Ergebnisse des letzten Plenums scheint es uns wichtig, über die dabei entstandene Neustrukturierung der Entscheidungsfindung in der BI noch ein paar Wörtchen zu verlieren, zumal diese Ergebnisse unter Abwürgung jeglicher Diskussion über deren Stellenwert in unverantwortlicher Weise per "Kampfabstimmung" durchgepeitscht wurden.

Warum es in einer BI nicht nur wichtig ist welche, sondern auch wie Beschlüsse gefaßt werden:

BI's - Interessengemeinschaften von der Staatsplanung übergangener Bürger - sind entstanden, weil vielen Betroffenen bewußt wurde, daß die Struktur unserer "Demokratie" direkte Mitwirkung des Betroffenen Bürgers bei der Entscheidung über ihn unmittelbar betreffende Projekte nicht möglich macht. Alle vier Jahre der Gang zur Urne, um Jemanden zu wählen, den man nichtmal selbst als Kandidaten aufstellen darf, um eine Partei zu wählen, deren Wahlprogramm nur aus hohlen Sprüchen besteht - das ist schon alles. In eine der drei einflußreichen Parteien eintreten? Und wenn einem nun keine von denen gefällt? (Was man niemandem verübeln kann). Aber auch hier werden Meinungen von der Basis so kanalisiert, daß sie kaum noch Auswirkungen auf die Politik haben.

Hier hilft nur noch die Opposition durch direkten Zusammenschluss der Betroffenen, die durch gemeinsamen Beschluss aller massiven Protest kundtun. Dies ist zwar dann außerhalb des Rahmens, den man uns gnädigerweise zur "Meinungsfindung" zugestanden hat, verfehlt aber doch nicht eine gewisse Wirkung, wenn massenhafter, einmütiger Widerstand in Wort und Tat denen da Oben etwas Feuer unter dem Hintern macht.

Die besondere Qualität solcher BI's besteht, im Gegensatz zu den offiziellen Beschlußfassenden Organen des Staates, darin, daß hier Meinungen der Bevölkerung nicht kanalisiert und damit "unschädlich" gemacht, sondern offen ausgetragen und unter a l l e n Betroffenen abgestimmt werden.

Durch direkte Teilnahme am Entscheidungsprozess ist auch direkte Kontrolle darüber gegeben. Ein weiterer Vorteil ist die Erfahrung, die der Bürger hier macht in Bezug auf seine eigene Stärke, wenn er seine Sache gemeinsam mit Anderen selber in die Hand nimmt. Er gewinnt Selbstvertrauen und verhält sich nicht mehr so Apathisch gegenüber Entscheidungen des Staates.

Wie die Erfahrungen in Spandau gezeigt haben, gibt es aber auch in solchen BI's Gruppen, die meinen, solch eine Bewegung für sich pachten zu können, um darauf ihr spezielles Süppchen zu kochen, siehe Vereinsgründung. Besonders interessant finden wir hierbei die Begründung für solche Mätzchen, eine Art haltet-den-Dieb-Taktik. Der schwarze Peter wurde hier den K-Gruppen zugeschoben, speziell der KBW, der angeblich durch Massenmobilisierung seiner Mitglieder Beschlüsse in seinem Interesse Manipulierte, was tatsächlich nie geschehen ist, diese Gruppen waren auf dem Plenum immer in der Minderheit. Die Vereinsgründung ereignete sich denn auch genau an dem Punkt, an dem die Mehrheit im Plenum den Vereinsgründern nicht genehme Positionen einnahmen, während es vorher noch gelungen war, mit Hilfe dienstbeflissener "Spontis" und "Anarchisten" oppositionelle Meinungen niederzuklatschen oder gar nicht erst zur Rede kommen zu lassen, angeblich, um den braven Bürger nicht durch solche "Radikalinskis" zu verschrecken, eine besonders fiese Art der entmündigung. Gerade die Nicht-Linken sogenannten "normalen" Bürger zeigten nach unseren Beobachtungen besonderes Interesse an Diskussionen über grundsätzliche Fragen auch mit Leuten, deren Meinung sie nicht teilen.

Diese "Spontis" und "Anarchisten" waren wohl dann auch diejenigen, die auf dem Plenum am 24.3. die Oberhand hatten. Verbale ereiferung über die Untaten des Vereins verbaad sich - so unsere Analyse der Vorgänge - problemlos mit einer politischen Grundhaltung, die von der des Vereins nicht allzuweit entfernt ist. So wurde dann einfach mal so per Abstimmung - ohne wirkliche vorhergehende Diskussion!!!! - das Plenum als lebendiges Zentrum und Grundlage der Bewegung mir nich tn, dir nichts abgeschafft.

Nur noch alle 14 Tage tagend, als Informationsveranstaltung nach Vorstellung des Vereins - auf der nur in ausnahme-Fällen abgestimmt werden soll, undzwar dann, wenn die Damen und Herren des Koordinationsausschusses oder mehrerer Stadtteilgruppen dies für Opportun halten - wenn dies keine Bevormundung bzw ein Musterbeispiel von Kanalisierung von Meinungen ist - wird dieses Plenum, das so wichtig für die Qualität der Bewegung ist, zur Farce. Da schon auf dem Plenum nichts näheres über die Begründung solcher Ungeheuerlichkeiten zu erfahren war, waren wir gezwungen, auf Veröffentlichungen dieser Leute in der "undogmatischen Linken" Fachpresse zurück zu greifen. Hier stößt man dann auf so umwerfende Argumente, wie, daß man in den Stadtteilgruppen nicht mehr zur Arbeit gekommen sei, da man die ganze Zeit mit der Mobilisierung von Leuten zum Plenum beschäftigt gewesen sei, um den bösen KBW das Wasser abzugraben. Das mit dem KBW kennen wir ja nun schon - siehe unter Vereinsgründung. Im Übrigen hatten wir eigentlich immer angenommen, daß es eine Hauptaufgabe der Stadtteilgruppen sei, Leute aus der Bevölkerung gegen das Kraftwerk und für die BI, d.h. also auch zum Plenum zu mobilisieren, oder meint man hiermit Mobilisierung das Herankarren von Gesinnungsgenossen, das man dem KBW immer unterstellen möchte? Vollends entlarven sich diese Leute aber, wenn man in einem Artikel (siehe letzte Nummer von "radikal") frohlockt, daß die neue Struktur von den Vorstellungen des Vereins garnicht mehr soweit entfernt sei. Ist das nun extreme Autoritätsfixiertheit in Bezug auf die Gründer der BI, der jetzigen Vereinsmacker, oder gibt es da grundsätzliche ähnliche Strukturen in der Gesinnung? Wir suchen Leute, die sich wie wir von solch obskuren Machenschaften nicht verschaukeln lassen wollen.

MÜNDIGE MENSCHEN
- außerdem entschiedene Kraftwerkgegner -

Die neue BI Struktur ist nicht in einer Kampfabstimmung durch gepeitscht worden, son Quatsch! Die Struktur ist vier Wochen an der Basis von mehr als 100 Leuten in den Stadtteilen diskutiert worden, wer sich daran nicht beteiligen konnte oder wollte, kann doch jetzt nicht ernsthaft behaupten, es habe keine Diskussion stattgefunden. Macht lieber in einer Stadtteilgruppe mit, und bereitet die Sachen zum Gerichtstermin mit vor, das bringt mehr als solche Anmache. Einer gewissen Fachpresse

EINSPRÜCHE MACHEN !!!!!

Die Einsprüche gegen den Bau der Kühlturm und Feuerungsanlagen erhalten alle Info Leser als Werbegeschenk mitgeliefert. Bitte machen Sie Gebrauch von unserem einmaligen Leser-Service, und füllen Sie die Dinger aus. Nicht nur in linken Kneipen!! Macht's Euch nich so einfach, Leute, die schon druff sind unterschreiben sowieso, vielleicht geht ihr mal mit soner Listen durchs Haus??? Is doch ideal um Kontakte zu knüpfen, sicherlich fallen euch noch diverse ande Aktions/Agitationsfelder ein.

Wettbewerb :
Wer am meisten Einsprüche sammeln wird, der darf sich bei gewaltfreiem Widerstand inder ersten reihe verprügeln lassen, wenn die Einsprüche nicht beachtet werden!!!!

Einsprüche sind im wesentlichen als Agitationsmöglichkeit sinnvoll. Am 28. geht es um die Kodung, welchselbige mehr mit Aktion als mit Agitation zu verhindern sein wird, bereitet euch drauf vor!!(Gasschutzgrillen sind sicher ausverkauft bei John Slet , Mehringdamm, wenn ihr Euch nicht rechtzeitig drum kümmert!!)

Es gibt ab sofort die LP:

"BETON oder GRÜN"

CHRISTIAN und FRED

10.-DM

Erlös für die B.I.-RECHTSHILFE

PROZESS

gegen Roland Otto und Karl-Heinz Roth

Bericht über den 20. bis 25. Verhandlungstag

Am 1.April wurde der letzte der Polizeizeugen vernommen. Dieser hatte sich erst am 25.3.77 (!!!) bei der Kripo-Köln gemeldet, weil er "aus der Zeitung erfahren hat, daß die Staatsanwaltschaft in Beweisnöten sei." Mit der Vernehmung dieses Zeugen geht der Prozeßabschnitt zuende, in dem es um den tatsächlichen Verlauf der Schießerei am 9.Mai 1975 hätte gehen sollen. Die belastenden Aussagen der Bullen, auf die sich die Anklageschrift stützt, sind von diesen in der mündlichen Verhandlung zum großen Teil nicht wiederholt worden. Die Tatversion des Staatsanwalts ist durch die Polizeizeugen vollends unglaubwürdig geworden.

Es ist damit erwiesen: weder Roland Otto noch Karl-Heinz Roth haben versucht, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen. Es ist äußerst fraglich, ob Werner Sauber als erster geschossen hat. Es ist noch nicht einmal gesichert, ob die Schüsse, die aus der ihm zugeschriebenen Waffe abgegeben wurden, von ihm ausgelöst wurden. Wer ist hier eigentlich wessen Mörder ?

Für die nächsten Verhandlungstage vor Ostern kündigte die Verteidigung eine Erklärung der Angeklagten zur Sache, d.h. zu den Vorgängen auf dem Parkplatz am 9.5.75 an. Darauf werden Anträge auf Aufhebung der Haftbefehle folgen.

Also ein Erfolg der Verteidigung ?

In diesem Prozeß geht es nicht darum, ein "Tatgeschehen aufzuklären", sondern darum, zwei Menschen die Mittäterschaft "nachzuweisen", d.h. der tatsächliche Ablauf der Ereignisse ist dabei fast unerheblich.

> Gerade die Bestimmung uber den Mord, der § 211 StGB, eroffnet einer Gesinnungsjustiz jede Moglichkeit, wie schon der Wortlaut des Gesetzes deutlich macht: " Der Morder wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft. Morder ist, wer aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstriebs, aus Habgier oder grausam, oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder um eine andere Straftat zu ermoglichen oder zu verdecken, einen Menschen totet."
>
> Der Paragraph wird also anders als sonst im Strafrecht ublich, nicht uber die Tat, sondern uber den Tater bestimmt: 'Morder ist, wer ..', heißt es hier ausdrucklich und nicht: 'wegen Mord wird bestraft, wer ..'. Das ist nicht etwa eine redaktionelle Nebensachlichkeit, sondern wesentlich: der § 211 tragt unverkennbare Zuge eines Tater – Strafrechts. Im Vordergrund steht nicht die Tat - ein getoteter Mensch-, sondern die "Personlichkeit" des Taters, die sich angeblich in der Tat verwirklichte.

aus: Seb. Cobler: "Gesinnungstäterschaft" in AUTONOMIE 5

Das bedeutet: ein Mörder ist immer ein Gesinnungstäter. In " nichtpolitischen" Prozessen bemüht man für die Konstruktion der Mörder-Persönlichkeit z.B. Schulverweise, Vorstrafen, Homosexualität, Frau-sein ...

Was heißt das für den Kölner Prozeß ?

Die entscheidende Phase, nämlich der "Nachweis des gemeinsamen Mordplanes" steht noch bevor. Und der soll über die persönliche und politische Geschichte der drei (Roth,Otto, und Sauber) geführt werden.

> *„Eine gute kriminalpolizeiliche Diagnose der Tat und der Taterpersönlichkeit erleichtert dem Gericht das Urteil"*
>
> *(H.J. Hoeveler, BKA" Kriminologie des Täters "*

Für wie unerheblich Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht die Klärung des"Tathergangs" halten, dafür spricht die bisherige Ermittlungstätigkeit und die Verhandlungsführung. Dazu nur einige Beispiele:

- der unverhüllte Bruch der Strafprozeßordnung durch die Richter;
- die Tatsache, daß der äußere Ablauf der Verhandlung (Durchsuchungen und Absperrungen) nicht vom Gericht sondern der Polizei entsprechend der internen Dienstvorschrift der Polizei Nr. 371 garantiert wird;
- die permanenten "Lauschangriffe" in den Zellen und in dem Gerichtssaal. Als nach der Stammheimer Abhöraffäre am 18.3. beantragt wurde, die Zivil-Bullen im Zuschauerraum zu durchsuchen, verließen 3 Personen fluchtartig den Saal;
- Unterschlagung von Beweismitteln, wie z.B. die Papiere von Roth und 216 Photos eines Pressephotographen;
- unverhüllte Schlampigkeit der Ermittlungen, z.B. wurden zu Einschußlöchern keine Ausschüsse zugeordnet, d.h. der Standort der Schützen ist unbekannt;
  die im Körper von Werner Sauber gefundenen 3 Geschosse wurden der Spurensicherung ungekennzeichnet übergeben, d.h. es kann nicht mehr festgestellt werden, aus welcher Richtung sie kamen; bei dem Schuß, der Roth die schweren Bauchverletzung zufügte, kann der Weg des Geschosses durch das Auto nicht mehr festgestellt werden; die Anklagevertretung weist ein Geschoß vor,das aus der Waffe von Werner Sauber stammt. Da keine Blut- und Gewebespuren gesichert wurden, ist anzuzweifeln, ob dieses Geschoß jemals Roths Körper berührt hat, zumal sich diese Kugel monatelang nicht bei den Beweismitteln, sondern "in einer Sammlung des BKA" befand.(Ob der da was zugestoßen ist ?)

Um trotz dieser offensichtlichen Pannen den Prozeß entsprechend der politischen Notwendigkeit - die Angeklagten lebenslänglich zu verurteilen und durch Haft zu vernichten - durchzuführen, muß die Öffentlichkeit abgeschreckt werden:

- die Vorverurteilungen in der Presse wurden nicht korrigiert und wirken weiter;
- es wird weiterhin vom Kölner Polizistenmordprozeß gesprochen;
- die Durchsuchung von Zuschauern und Verteidigern wird weiterhin verschärft: Schuhe und Strümpfe ausziehen, "Wurfgeschosse" (z.B. Erdnüsse) abgeben....
- an jedem Verhandlungstag patroullieren zwei Reiter ums Gerichtsgebäude, um das Terroristen-Prozeß-Fluidum auch nach außen hin spürbar zu machen. Alle Besucher des Gerichtsgebäudes müssen ihren Ausweis, bzw. ihre Ladung vorzeigen.

Lest auch die ausführlichen Prozeßberichte im ID !

Für Emma ...und andere Empörte

... zu Deinem Brief im INFO 149 S.13

1. Richtigstellung: Die Leute vom Buchladen hatten nur insoweit etwas mit der Unterschriftenaktion zu tun, als Sie die Sammeladresse für West-Berlin (und nicht etwa für die gesamte BRD - wie im letzten Arbeiterkampf zu lesen ist) gestellt haben - mehr nicht.
2. Meine Illusion: Ich hatte, wie sicher auch andere, vom Antrag der IG-Metall Bln. in der FR gelesen - fand dies 'ne Sauerei und habe somit den Vorschlag zur Unterschriftenaktion gemacht (INFO 146). Naiv wie ich war, hatte ich gedacht, daß die Spontilinke nicht auf die großen Macher angewiesen ist und die Sache in die eigenen Hände nimmt indem sie selbst Solidaritätsadressen verfasst oder wenigstens soweit drauf ist, die vorgeschlagene Resolution ausschneidet, aufklebt und alsdann fleißig sammelt. Ich hatte gehafft, daß sich die Praxis der Selbstorganisation wenigstens in Ansätzen durchgesetzt hat - weit gefehlt. Nach zwei Wochen waren keine - außer die von mir gesammelten Unterschriften eingegangen.
3. Fragen: Meinst Du nicht auch, daß Deine Empörung in die falsche Richtung geht, wie wäre es z.B. mit der die Dich immer im Spiegel anstarrt? Wie lange willst Du noch auf die großen Macher warten?
4. Versöhnung: Du hast wenigstens überhaupt reagiert.
5. Nachtrag: Auch ich habe dazu gelernt
6. Schluß : Am Mittwoch hole ich etwaig noch eingegangene Listen ab und schicke sie dann zum Heinz Brandt.

PRITZ FISCHER

P.S. Nach Auskunft des Bundesvorstandes der IG-Melatt liegt ihnen noch kein Antrag vor - Wieso ? Das mögen die Gewerkschaftsgötter wissen . Oder ?

Revolutionäre Zelle

Wir haben in der Nacht vom 23. zum 24. März das Büro des Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Ffm. mit etwas Sprengstoff renoviert.
Die Anwaltskammern sin die Komplizen der Bundesanwaltschaft. Sie lassen sich instrumentalisieren für deren Intresse an der Ausschaltung der wenigen Verteidiger, die versuchen, gegen die psychische und physische Vernichtung von Gefangenen Guerillas wenigstens zeitweise anzukämpfen. Rechtsanwalt Schmalz ist der Repräsentant - der Präsident - einer dieser Institutionen. Die Anwaltskammer Ffm. engagiert sich unter seiner Führung ganz besonders bei der Unterdrückung von von Verteidigern. Sie hat dafür gesorgt, daß Knöss und Dix erst gar nicht als Anwälte zugelassen, daß gegen alle Anwälte in ihrem Zuständigkeitsbereich - Golzem, Heldmann, Kopp, Oberwinder, Riedel, Plottnitz, Temming -, die irgendwann mal versucht haben, sich der Vernichtungsstrategie gegen die RAF entgegenzustellen, ehrengerichtliche Verfahren eingeleitet, durchgeführt und abgeschlossen werden.
Die Unterdrückung hat ihren Zweck beinah erreicht: politische Verteidigung ist nahezu am Ende.
Die Linke hat größtenteils nicht begriffen, daß Knöss nicht wegen seiner Unangepaßtheit Berufsverbot hat. Sie hat immer noch nicht begriffen, daß Knöss nur bestraft wurde, weil er sich mit am konsequentesten gegen die Vernichtung der Gefangenen aus der RAF in den Prozessen und außerhalb gewehrt hat. Nicht der Mike der Linken wurde abgeschossen, sondern ein Verteidiger, der besser als sein politischer Zusammenhang verstanden hat, daß es um die politische Identität und das Leben von Gefangenen Guerillas geht und der diese Einsicht konsequent in seiner Verteidigung versucht hat, praktisch zu machen.

Wir haben uns aus Anlaß von Knöss' nichtzulassung entschlossen, gegen die Vollstrecker der Staatsschutzinteressen in den Anwaltskammern vorzugehen. Sie haben mit dafür gesorgt, daß der Staatsschutz, Abwehrdienste, Landes- und Bundesminister bis zum Kanzler sich um die letzten Rechtsgarantien gegenüber verteidigern, vor allem gegenüber Gefangenen Guerillas einen Dreck scheren
Die Wanzen sind nicht mehr zu leugnen; die Vertuschung des Mordes an Ulrike wird auch bald ein Ende haben!
Faschismus ist ohne konkrete Menschen nicht möglich.
Jeder Helfer und Mitläufer soll in Zukunft wenigstens Muffe haben, daß er nicht ungeschoren bleibt.
Jedem Klein-Faschisten steht das Recht auf Bullenschutz zu. Wir werden dafür sorgen, daß dieses übergesetzliche Recht bald verwirklicht werden muß.

ES GIBT VIEL ZU RENOVIEREN!
SCHAFFT 1,2,3,--------Revolutionäre Zellen!

REVOLUTIONÄRE ZELLEN

IMPRESSUM:

LEPOSSIBLE

INFO-bug auflage: 2.800

verantwortlich u.postadresse: rosa levinè, c/o wespennest, dresdenerstr. 22, 1 berlin 36

redaktionsschluss: für artikel - freitag 18 uhr
f.kleinanzeigen - sonntag 20 h

INFO-legen: montag 17 uhr (dresdenerstr. 22)

ABOS: 10 wochen/15,- DM 20 wochen/30,- DM
im voraus bezahlen auf
bank für gemeinwirtschaft
republikanischer club e.v.
w. INFO-BUG
Kennwort: info-abo neu bwz. alt
Konto: 100 47 04 306
Bankleitzahl: 100 101 11
ABSENDER NICHT VERGESSEN!

Spenden: nur zu! druck: A G I T

"§ 88a in Aktion"

Am 21./22. März flatterten in die Briefkästen der Gesellschafter/innen und Geschäftsführer/innen von 36 Projekten des linken Buchhandels (zwischen 100-150 Leuten) polizeiliche Vorladungen zur "Vernehmung als Beschuldigte" ins Haus. Sie werden "der verfassungsfeindlichen Befürwortung von Straftaten" (§88 StGb) verdächtigt. Grundlage dieses Verdachts ist die Herstellung und Verbreitung der Broschüre "88 a in Aktion oder wie man Bücher verbrennt, ohne sich die Finger schmutzig zu machen." Unmittelbarer Anlaß für den VLB (Verband des linken Buchhandls- das ist ein informeller Zusammenhang von linken Buchläden Vertrieben, Druckereien und Verlagen in der BRD und Berlin) diese Dokumentation im Herbst 76 herauszugeben, war eine im August 76 bundesweit durchgeführte Aktion gegen den linken Buchhandel, bei der eine Zeitschrift der Revolutionären Zellen mit dem Titel "Der revolutionäre Zorn" beschlagnahmt wurde. Diese Zeitschrift ist folgerichtig ausdrücklich als Dokumentation gekennzeichnet in die Textsammlung "88 a in Aktion" aufgenommen worden. Die hannoverschen Bullen wollten noch Extrapunkte sammeln: GEFAHR IM VERZUG! Mit dieser Begründung- der strafprozeßordentlichen Legitimation, alles vor einem richterlichen Beschluß über die Bühne zu bringen- beschlagnahmten die agilen Beamten sechs Monate nach Erscheinen der Dokumentation dreizehn Exemplare dieses Schriftstücks. Ein entsprechender Beschluß liege vor, behauptete ein Beamter. Nach einer halbstündigen Telefonate mußte er sich diesen Beschluß allerdings im Eilverfahren vom hannoverschen Amtsgericht besorgen. Erst drei Stunden nach der Beschlagnahmung legte der übereifrige Beamte das druckfrische Dokument dem Rechtsanwalt vor. Bei so viel Eile hat sich allerdings der Gegenstand des Ermittlungsverfahrens gewandelt:
Beanstandet wird nun nicht mehr nur der Abdruck des "Revolutionären Zorns" ,vielmehr wird jetzt die Herausgabe des "Druckwerks in seiner Gesamtheit" (so der Beschlagnahmebeschluß) geahndet. Demnach stellen die in der Dokumentation "88a in aktion" enthaltenen Stellungnahmen und Presseauszüge nach Auffassung der Wächter unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung einen kriminellen Akt dar.
Die Ziele die der Staatsschutz mit diesen Bullenaktionen verfolgt, sind folgende:
Angstmache u Einschüchterung - Zerstörung von Kontaktstellen - Spaltung der Betroffenen - Zensur und Selbstzensur - Kriminalisierung des VLB
Gleichzeitig laufen seit den Durchsuchungen im letzten Jahr Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (§ 129) gegen einige Geschäftsführer/innen. Auf einer Vorladung stand klipp und klar daß besagte kriminellen Vereinigung der VLB selbst sein soll. Die Gründe für diese Verfahren sind bisher total ungeklärt, denn bis heute (9 Monate später) ist noch keinem Anwalt Akteneinsicht gewährt worden.
Auch wird durch die Kriminalisierung einzelner (die Verfahren laufen gegen Einzelpersonen, nicht gegen die Projekte als solche) der Versuch unternommen, die anderen einzuschüchtern, was im Endeffekt auf eine Spaltung hinauslaufen soll. Mit Spaltung ist gemeint, daß den "Betroffenen" so ne Angst eingehämmert werden soll, daß sie sich entweder zurückziehen oder aber Druck auf die anderen ausüben, bestimmte Sachen nicht mehr zu machen aus Angst das nächste Verfahren angehängt zu kriegen.
- Gemeinsam sind wir unausstehlich -
Durch die Anwendung des 88a soll erreicht werden, daß die Linken durch Selbstzensur bei ihren eigenen Veröffentlichungen den § selbst anwenden, wie es schon in anderen Verlagen lief. Ein Beispiel hierfür ist, das Debray-Buch im Luchterhandverlag, welches im letzten Sommer als deutsche Erstübersetzung erschien. Bei dieser Übersetzung wurde gleich eine Passage weggelassen, die gefährlich hätte werden können.
Die linken Buchläden sind in den meisten Fällen Kontakt- und Informationsstellen. Auch das ist ein Grund für den Staatsschutz zuzuschlagen. Mit seinen bulligen Durchsuchungsaktionen und Kriminalisierungsversuchen sollen möglichst viele Menschen eingeschüchtert werden.
Diese Einschüchterung soll soweit gehen, daß die Leute sich das vorher 5 mal überlegen, bevor sie in einen linken Buchladen gehen.
Doch dies alles darf nicht heißen, die Erwartungen des Staatschuztes zu erfüllen.
Wir müssen uns überlegen, wie wir offensiv gegen diese Repressi nen vorgehen wollen, damit die Funktion des linken Buchhandels erhalten bleibt.

Die Broschüre"88 a in Aktion" ist in allen Buchhandlungen erhältlich.

rote hilfe nachrichten

ROTE HILFE WESTBERLIN
Postfach 210512
Spenden: Sonderkonto
D.Krauss
PSch-Amt Bln-W.
372 387-105

Verhaftung

Köln, den 27. 3. 77

José Luis Rodriguez Olivar, ein spanischer Journalist und Schriftsteller, wurde am vergangenen 1. März vom Bundesgrenzschutz verhaftet aufgrund eines vor vier Jahren von der spanischen Polizei über Interpol ausgestellten Haftbefehls. Er wurde in Puttgarden festgenommen, als er von Paris nach Schweden zurückreisen wollte, wo er seit 1972 als politischer Flüchtling lebt. Man überführte ihn nach Lübeck, wo er seitdem im Knast sitzt in Erwartung der Entscheidung der westdeutschen Behörden, ob sie ihn an Spanien ausliefern oder nicht.
José Luis Rodriguez ging 1972 nach Schweden ins Exil, das ihm politisches Asyl gewährte und einen Flüchtlingspaß mit Gültigkeit für alle Länder ausstellte. In Schweden verbüßte er eine Gefängnisstrafe von einem Jahr wegen eines Bankraubes, den er in Spanien aus politischen Motiven begangen hatte (er ist Anarchist). Trotzdem er seine Strafe vollständig abgesessen hatte, verschwand der spanische Haftbefehl nicht aus den Akten von Interpol; aufgrunddessen würde er jetzt verhaftet.
In Schweden, wo José Luis Rodriguez in den letzten Jahren als Lehrer und Journalist, spezialisiert auf spanische Angelegenheiten, gearbeitet hat seine Verhaftung große Beunruhigung ausgelöst, da man davon ausgeht, daß es sich hier nicht um einen einfachen Ausrutscher der deutschen Polizei handelt. Von den politischen Gruppen wie auch von der Presse (z. B. "Aftonbladet", die auflagenstärkste schwedische Zeitung, im Besitz der sozialdemokratischen Gewerkschaften) ist eine breite Kampagne zur Erreichung der Freilassung von José Luis Rodriguez begonnen worden.

Umso wichtiger erscheint es uns, daß auch in der BRD dieser Fall in die Öffentlichkeit gelangt. Es zeigt sich hier einmal mehr, wie es der bundesdeutsche "Rechts-Staat" mit dem Asylrecht hält: nicht nur, daß er selbst nicht bereit ist, politisches Asyl ohne Ansehen der Gesinnung zu gewähren (wie man bei Chile gesehen hat), er respektiert nicht einmal das Asyl, das dritte Staaten politisch Verfolgten gewähren.

So bitten wir Euch, alles dafür zu tun, daß dieser Fall die breitestmögliche Öffentlichkeit erhält: Veröffentlichung in der linken Presse, Leserbriefe an bürgerliche Zeitungen, Resolutionen in Gewerkschaftsversammlungen usw.

Für die sofortige Freilassung von José Luis Rodriguez Olivar!

Komitee Freies Iberien
c/o R. Stein
Postfach 1o 18 26
5ooo Köln 1

Veranstaltung

unter dem motto "sie würden uns gerne im knast begraben"findet voraussichtlich am

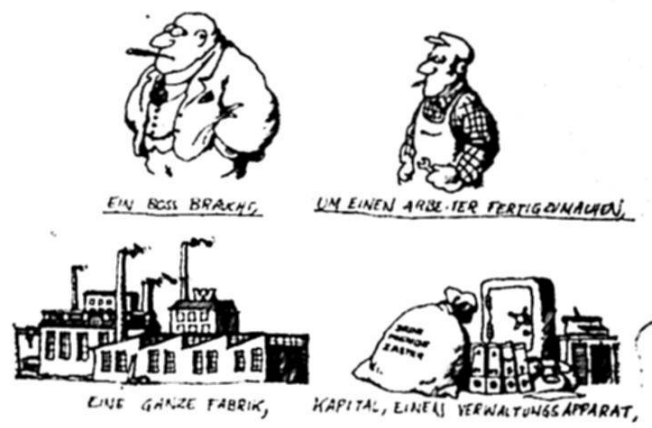
montag,dem 18.april um 19uhr in der tu

eine informationsveranstaltung zu politischen prozessen in der brd und westberlin statt.sie war eigentlich geplant als veranstaltung zu dem in köln laufenden prozeß gegen roland otto und karl-heinz roth,wo genossen aufgrund ihrer politischen gesinnung als mörder verurteilt werden sollen.nach der abhöraffäre und den entwicklungen im stammheimer verfahren ist klar,daß auch dieser prozeß thema der veranstaltung sein muß.
geplant sind beiträge über:

- den kölner prozeß
- die frage der gesinnungstäterschaft(sebastian cobler,autor eines sehr empfehlenswerten rotbuchs)
- den berliner vorverurteilungsprozeß gegen die bewegung 2.juni(rote hilfe)
- den prozeß gegen den frankfurter gefangenenrat (häftlingskollektiv)
- den stammheimer prozeß(rechtsanwalt spangenberg oder ströbele)

wir wollen auch versuchen,daß eine diskussion darüber zustande kommt,was wir der zunehmenden repression durch die justiz an widerstand entgegensetzen können.
die veranstaltung wird getragen vom häftlingskollektiv,dem kommunistischen bund und der roten hilfe westberlin.
genaueres über ort und zeit wird noch auf flugblättern und plakaten mitgeteilt.

Maiinitiative



über die maiinitiative wurde schon im info 143 und im info 146 berichtet.nachdem die arbeit der initiative bisher ziemlich durch die nervenaufreibenden diskussionen mit der kpd gelähmt wurde, ist am letzten wochenende von dem stimmberechtigten delegierten der ca. 30 mitarbeitenden gruppen einstimmig verabschiedet worden,daß die ablehnung der fünf forderungen(der minimalplattform)der maiinitiative von der mitarbeit in dieser ausschließt.bei diesen forderungen handelt es sich um folgendes:
-solidarität aller unterdrückten gegen das kapital und seine büttel
-keine angriffe auf beteiligte organisationen und gruppen
-freiheit der parolen
-kein führungsanspruch,keine tricks zur majorisierung
-solidarität mit allen von berufsverboten und unvereinbarkeitsbeschlüssen betroffenen

die weitere arbeit wird nun von den arbeitsgruppen und dem koordinationsrat getragen.
die arbeitsgruppen stellen,soweit sie es nicht

schon getan haben,die berichte und artikel für die gemeinsame maizeitung zusammen,die möglichst in zwei wochen erscheinen soll.
der koordinationsrat,bestehend aus delegierten aller mitarbeitenden gruppen,wird die technischen und organisatorischen vorbereitungen für den 1. mai regeln.
die maiinitiative wird gemeinsam mit der gew-berlin demonstrieren,der einzigen gewerkschaft,die nicht im saale feiert und die nach dem ausschluß aus dem dgb eine breite solidarität braucht!

1.MAI, 10 UHR , KLAUSENER PLATZ (charlottenburg)
nach moabit

die kpd hat inzwischen ihr eigenes gewerkschaftliches maikomitee vor einer woche gegründet und ruft auch zur gew-demo auf.
in der maiinitiative arbeitet ein breites spektrum von betriebsgruppen,gewerkschaftern,frauengruppen,internationalismusgruppen und organisationen wie kb,gim,spartacusbund und das aktionskomitee gegen berufsverbote und die rote hilfe mit.
wichtig für frauen:
es wird einen eigenen frauenblock geben.

Arbeitskonferenz Russel-Tribunal

vor einer woche fand nun in frankfurt die schon lange geplante arbeitskonferenz zur vor vorbereitung eines russell-tribunals über die politische unterdrückung in der brd und westberlin statt.an wesend waren etwa 200 leute aus ca 40 gruppen,darunter ne menge von leuten,die sich speziell mit der situation der raf-gefangenen befaßen(ehemalige folter-komitees).die angesprochene demokratische und liberale öffentlichkeit war nicht da,die linke links von der dkp/sew war unter sich,dementsprechend war dann auch der verlauf der konferenz.
zur einleitung der konferenz hielt sebastian cobler(autor des rotbuchs:die gefahr geht von den menschen aus.der vorverlegte staatsschutz)ein referat zur einschätzung der repression :
dieses treffen ist wichtig,um sich einen überblick über die aktivitäten gegen die repression zu schaffen.der kampf gegen die repression muß folgendes voraussetzen - kein taktisches verhalten zu den freiheitsrechten und zur solidarität(was nicht selbstverleugnung heißt)
- kampf für politische alternativen und nicht immer nur gegen was

es gibt zwei erklärungsversuche für die zunehmende repression:
a) repression als antwort des staates auf den kampf der guerilla (these vom "neuen faschismus,counter-insurgency)
brepression als ausdruck der ökonomischen krise des kapitals in der brd und europa,als ausdruck einer legitimätskrise des politischen systems, als maßnahme zur prävention sozialer krisen ,zur vorbeugung erwarteter systemgefährdender massenaktivitäten.
cobler hält die zweite these für richtig,er zeigt die tradition des staatsschutzes seit der errichtung der brd und die kontinuität des abbaus demokratischer rechte(siehe hierzu das cobler-buch,in dem dies ausführlich dargestellt wird).
zweck der repression ist vorallem auch die verhinderung von gegenmacht und gegenöffentlichkeit.bei

BRD GmbH

der repression arbeitet der staat gezielt mit rea len bedürfnissen der bevölkerung(sicherheit vor kriminalität,sorge um den arbeitsplatz),die dann zynisch verdreht werden und gegen die bevölkerung gewandt werden.dabei wird geschickt an der autoritären tradition der deutschen,ihrer obrigkeitsgläubigkeit und untertanenmentalität angeknüpft.
cobler sprach von einer zunehmenden verpolizeilichung der gesellschaft(bka-chef herold:die polizei als gesellschaftssanitäre einrichtung)und der zunehmenden wichtigkeit anonymer machtinstanzen(bka, geheimdienste,innenministerkonferenz)
nach diesem referat begann eine diskussion,die sich um die frage faschismus,polizeistaat: ja oder nein drehte und nichts brachte,weil sich alle nur ihre eh schon feststehenden einschätzungen gegenseitig um die ohren schlugen.rechtsanwalt croissant glänzte mit einem beitrag,in dem er meinte,die tatsachen sind da und die muß man auf den begriff bringen und der begriff ist faschismus,ob verdeckt faschistisch,schleichend faschistisch oder punktuell faschistisch,das ist nicht so wichtig.so einfach geht das.

wesentlich war allein die arbeit in den arbeitsgruppen zu den einzelnen bereichen der repression.
die arbeitsgruppe haftbedingungen war die größte, in ihr waren ca. ein drittel aller konferenzteilnehmer.nach einer zweistündigen diskussion zur frage: politische gefangene - normale gefangene spaltete sich diese gruppe.die zahlreichen "folterfreaks"bildeten eine gruppe,die sich nur mit der situation der politischen gefangenen(speziell raf) und deren kampf befaßt.die andere gruppe ,in der 11 initiativen vertreten waren,macht diese trennung zwischen politischen und normalen nicht mit.wir informierten uns gegenseitig über unsere arbeit,vereinbarten die sammlung und den austausch von materialien über die situation in den knästen der brd und westberlin und eine weitere zusammenarbeit über den rahmen des russel-tribunals hinaus.
am sontagnachmittag berichteten die einzelnen arbeitsgruppen.in den meisten waren nur wenige initiativen vertreten und zwischen denen gab es auch erhebliche politische differenzen.trotzdem kam es zu absprachen und vorbereitungen zur materialsammlung für das tribunal.diverse resolutionen wurden (groenewoldprozeß,stärkere beteiligung von frauen, abdruck von erklärungen im bulletin usw.)wurden einstimmig angenommen.aus zeitmangel wurden die fragen der einbeziehung weiterer gruppen und des informationsbulletins nicht behandelt.da der raum pünktlich geräumt werden mußte gab es zum schluß eine 15 minütige chaosdiskussion zur frage der erweiterung des unterstützungskomitees,wo die meisten wohl kaum mehr durchblickten.schließlich stimmte die mehrheit für die erweiterung des initiativausschusses um je zwei delegierte aus den arbeitsgruppen, allerdings hatte nur die arbeitsgruppe raf-gefangene überhaupt darüber diskutiert.denen ging es hauptsächlich darum einfluß auf den initiativausschuß zu gewinnen.
fazit des ganzen:
die konferenz hat die anwesenden gruppen,die in gleichen bereichen gegen repression arbeiten,näher zusammengebracht,sie haben sich überhaupt erst mal kennengelernt.ob aber die konferenz die bewegung für die durchführung eines russell-tribunals vorangebracht hat,ist zweifelhaft.die meisten anwesenden hatten falsche vorstellungen von diesem tribunal.sie glaubten,sie könnten bestimmen,was dort läuft,was dort rauskommt und sie könnten ihre politische einschätzung durchsetzen.genau das geht nicht. die russell peace foundation als träger des tribunals ist eine unabhängige,autonome und bürgerliche einrichtung,die selbst letztendlich entscheidet, was auf dem tribunal verhandelt wird und welches material dort ~~verhandelt~~ vorgelegt wird.das tribunal geht aus von den menschenrechten,von grundrechten ,uno-konventionen usw.und mißt die realität an diesen ansprüchen.gerade aus dieser unabhängigkeit und dem messen der realität am anspruch ergibt sich auch die stärke und die wirkung eines solchen tribunals in der öffentlichkeit.
was ein russell-tribunal erreichen kann,ist eine nationale und internationale öffentlichkeit über die politische unterdrückung in der brd zu schaffen,nicht mehr,aber auch nicht weniger.dies kann uns,der linken,bei unserem kampf nur nützen.wie, das liegt an uns.

Wir müssen so radikal sein, wie die Wirklichkeit !

Thesen zum neuen Faschismus in der BRD und den Möglichkeiten der Gegenwehr.

Ergebnis der Diskussion Berliner Basisgruppen.

Erhältlich ab sofort in allen linken Buchläden oder per Adresse Rote Hilfe, Postfach 210512

Preis 4,- DM

Wie ihr euch den Weg zum Sozialamt ersparen könnt

Sozialhilfeempfänger können ein Lied davon singen, welche Schwierigkeiten die Sozialämter machen, ehe man/frau sein/ihr Geld erhält. Nicht immer wird es möglich sein, zu mehreren auf das Sozialamt zu gehen und dort sein Recht zu verlangen. Kommt man/frau alleine, gibt es meist Schwierigkeiten. Deshalb mein Tip an alle Einzelkämpfer/innen lasst euch eure Sozialhilfe durch die Post zuschicken. Die Möglichkeit steht eigentlich jedem Sozialhilfeempfänger offen; das Sozialamt müßte besondere Gründe geltend machen, die es erforderlich machen, aufs Amt zu gehen, dies ist bei Sozialhilfeempfänger, die laufend Sozialhilfe bekommen höchst unwahrscheinlich.
Zunächst stellt man/frau beim zuständigen Sachbearbeiter auf dem Sozialamt den Antrag, daß man/frau das Geld durch die Post ausgezahlt haben will. Am besten reicht man/frau ihn gleich schriftlich ein, setzt eine Bearbeitungsfrist und läßt sich die Antragstellung bestätigen. Stellt sich der beamte stur und behauptet, so etwas gäbe es nicht, oder ja, aber das dauert sehr lange....., so sollte man/frau gerichtliche Schritte androhen. Wenn das Sozialamt innerhalb der gesetzten Frist überhaupt nicht auf den Antrag antwortet, kann man/frau nach 3 Monaten Klage vor dem Verwaltungsgericht erheben (bei Anträgen, die besonders eilbedürftig sind, zum Bsp. Kohlen, Kleider oder Miete kann man/frau auch sofort eine einstweilige Anordnung beim Verwaltungsgericht beantragen).
Sollte das Sozialamt den Antrag aber ablehnen, so muß man/frau die Klage innerhalb eines Monats seit Ablehnung des Antrages erheben. Die Klage muß gegen das Land Berlin, vertreten durch das jeweilige Sozialamt, gerichtet sein. Man/frau beantragt, das Land dazu zu verurteilen, daß es verpflichtet wird, die Sozialhilfeleistungen durch die Post zu überweisen. Zur Begründung kann man/frau u.a. anführen, daß Renten und Arbeitslosenunterstützung auch durch die Post gezahlt werden und daß man/frau durch den Zwang, jeden Monat oder öfter zum Sozialamt zu gehen, gegenüber anderen benachteiligt wird. Man/frau kann selbst Klage erheben. Es ist aber wohl besser, sich von einem linken Anwalt vertreten zu lassen. Da Sozialhilfeempfänger kein Geld haben, müssen sie einen Armenrechtsantrag auf Beiziehung eines Rechtsanwaltes stellen. Dazu müssen sie sich Bescheinigungen vom Finanzamt und vom Sozialamt holen. Sagt das Sozialamt, daß man/frau dazu keinen Rechtsanwalt braucht, so muß man/frau klarmachen, daß man/frau schließlich nicht ein Jurastudium absolviert hätte bzw. daß man/frau nicht rechtskundig sei. Meines Wissens gibt es über die Postzustellung noch keine gerichtliche Entscheidung auf die man/frau sich stützen könnte. Deshalb ist es auch zu erwarten, daß das Sozialamt vor Beendigung des Rechtsstreits freiwillig die Zahlung durch die Post veranlassen wird, da es offenbar keinen Präzedenzfall schaffen will und sich nicht gerichtlich bescheinigen lassen will, daßes verpflichtet ist, Sozialhilfe durch die Post auszuzahlen.
Auf die gleiche Art und Weise kann man/frau vorgehen, wenn das Sozialamt andere Anträge, wie z.B. auf Kleidergeld, Möbel, Miete, Strom und Gas, Heizung, Haushaltsgegenstände, Erholungsreisen und sonstige besondere Anschaffungen nicht oder negativ beantwortet. Für Sozialhilfeempfänger entstehen bei einer Klage gegen das Sozialamt keine Kosten. Für den Anwalt muß wie gesagt Armenrecht beantragt werden Betonen möchte ich noch, daß ich selbstverständlich keine Propaganda für die Verwaltungsgerichte machen will. Es darf wohl klar sein, daß die Gerichte mit den Ämtern zusammenmauscheln. Dies sollte uns aber nicht abschrecken so lange diese Gerichte in Anspruch zu nehmen, bis wir Gerichte nicht mehr nötig haben.

Allen Sozialhilfeempfänger/innen kann ich empfehlen die Sozialhilfebroschüre zu lesen. Sie ist zu bekommen bei der
Sozialhilfe-Gruppe
Waldemarstr. 134 , 1000 Bln 36

Adressen von geeigneten Anwälten könnt ihr von der Mieterbroschüre, herausgegeben von der Roten Hilfe , bekommen.

Zu haben sind beide Broschüren auch in den linken Buchläden.

Und noch etwas: Behaltet eure Tips nicht für euch, sondern teilt sie recht vielen Sozialhilfeempfängern und anderen vernünftigen Leuten mit, auf daß man/frau sich von den Beamten, ~~Ä~~ämtern und Gerichten sich nicht mehr alles gefallen lassen muß.

EURE EMMa

Wandzeitung in der TU mensa am 25.3.77

Warum werden die Ausweiskontrollen durchgeführt.
Fixer und andere Drogenabhängige sollen aus der Mensa verdrängt werden.Die hohe Zahl dieser soll nicht mehr so offentsichtlich sein. Ebenso wie bei den Ausländern,die besonders scharf KONTROLLIERT werden, rechnet Man/Frau damit,daß diese Gruppen, da sie überall diskrimieniert werden,und sich nicht wehren Diesen letzten Kontrollmaßnahmen werden bald neue folgen.
Die Büchertische, Wandzeitungen,etc. sind der Mensaverwaltung schon lange ein Dorn im Auge.
Wenn wir jetzt nichts unternehmen, werden sie bald die ganze Uni unter Kontrolle haben.
Studenten sollen in einem Art Ghetto gehalten werden,und von den restlichen Bevölkerungsteilen und ihren Problemen fengehalten werden.
(Studenten Elite des deutschen Volkes)
Was kann Man/ Frau dagegen tun
Wir fordern die Studenten auf,nicht die Ausweise zuzücken, sondern in Gruppen einfach die Durchgänge frei zumachen und durchzugehen!!!!!!!!!!!!!!!!!!
Wenn wir das einheitlich tuen, wird die ganze KONTROLLIERERERI wirkungslos.

AKTIONSGRUPPE SESAM ÖFFNE DICH !!!!!!!!!!!!!

INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN

mal wieder

BESCHLAGNAHME nach §

es war mal wieder soweit...
am montag, dem 28.3. hatten wir einmal mehr das zweifelhafte vergnügen, herrn staatsanwalt hahnfeld nebst diversen staatsschutz- und kripobullen als gast begrüßen zu dürfen, diesmal im wespennest in der dresdnerstraße. sie rückten an während das info gelegt wurde mit 2 beschlagnahmebeschlüssen vom amtsgericht tiergarten um das info 143b und 145 zu klauen, bzw. die kümmerlichen restbestände, die noch über waren. begründung: "verbotene mitteilungen über gerichtsverhandlungen". im info 143 b, s.25 "ist innerhalb eines beitrags des u-häftlings gerald klöpper die anklageschrift der staatsanwaltschaft beim landgericht im verfahren gegen gerald klöpper wegen körperverletzung wörtlich abgedruckt2. in der 145 "ist wörtlich ein beschluß des ermittlungsrichters am bgh im ermittlungsverfahren gegen ralf reinders u.a. abgedruckt." in der tat schwerwiegende vorwürfe! insbesondere da die beschlagnahme zum schutz der angeklagten erfolgen sollte, wie uns hahnfeld (heute besonders dynamisch-progressiv!) versicherte. bei dieser gelegenheit wurde auch gleich das gegenüberliegende lustschloß (psychoselbsthilfeladen) durchschnüffelt. die personalien aller anwesenden wurden aufgeschrieben, weil sich leider niemand bereitfand, die verantwortung für info berliner undogmatischer gruppen zu übernehmen (trotz höflicher aufforderung). mit dem offensichtlich ehrlich gemeinten versprechen, uns wieder zu besuchen, zogen sie dann ab, schwer beladen mit: 1. 32 stück info-bug 143b
2. 28 stück info-bug 145
3. einem ordner des wespennestladens mit r bürokratenkram, was auf ein lebhaftes interesse an dem für sie völlig undurchschaubaren wespennest schließen läßt. das offensichtliche emporsprießen von allen möglichen aktivitäten in der oranienplatzgegend läßt auch die bullen aktiv werden. sie wollen halt mal wissen, was so läuft...
(falls jemand eine vorladung zur zeugenvernahmung kriegen sollte: nicht gleich hinrennen, sondern absprache.)
im übrigen: das info gibts wie üblich auch in zukunft montags abends bzw. dienstags bei allen einschlägigen gelegenheiten.

ÖTV

sparmassnahmen im gesundheitswesen

wie ja wohl allgemein bekannt ist, plant unser allseits beliebter senat, bis 1990 ca 7000 krankenhausbetten wegzurationalisieren, womit zugleich ein abbau von knapp 8000 planstellen verbunden wäre.
dazu gibt es in der neuen nummer der "eingriffe-unbeliebte nachrichten für berliner krankenhäuser" einige berichte, wie sich das in den einzelnen krankenhäusern auswirken würde. hier einige kostproben:

Personalversammlung am Krankenhaus Moabit. Die Kolleginnen und Kollegen sind empört

Um Vorhaben des Senats und seines ausführenden Organs, der Verwaltung, die die Gesundheitsversorgung der Moabiter Bevölkerung und die Arbeitsplätze der Kolleginnen und Kollegen gefährden, zu diskutieren, fand am 10.2.77 eine Personalversammlung im überfüllten Hörsaal des KM statt.

Die Kolleginnen und Kollegen waren über die Pläne des Senats und der Verwaltung empört. Aus vielen Bereichen wurde berichtet, daß man schon jetzt mit chronischem Personalmangel an der Grenze des Zumutbaren für Personal und Patienten arbeiten müsse.

eine kollegin aus dem röntgenhaus berichtete, daß man schon jetzt trotz höchster arbeitsintensität den röntgenanforderungen kaum nachkomme und dadurch manche patienten wartezeiten in kaufnehmen müßten. eine nichtbesetzung weiterer stellen würde zu einer unerträglichen arbeitshetze und zu längeren wartezeiten für die pateinten führen.

Frauen aus der Küche berichteten, daß sie schon jetzt oft erfinderisch sein müßten, um mit dem wenigen Personal und dem schmalen Küchenhaushalt die notwendige Menge an Essen herzustellen, daß die Qualität des Essens darunter leide und die Reklamationen sich in letzter Zeit häuften.

Von der Kinderabteilung wurde sogar bekannt, daß wegen des starken Personalmangels ernstlich in Erwägung gezogen wurde, eine Urlaubssperre einzuführen, bzw. Schwestern aus dem Urlaub zurückzuholen.

Im Laufe der Versammlung teilte Verwaltungsleiter Gruneberg mit, daß er beabsichtige, die Reinigung und die Küche Privatfirmen zu übergeben.

Allgemein wurde klar, daß eine weitere Stellenkürzung zu einer vermehrten Arbeitshetze und dadurch zu sich häufenden Fehlern bei der Versorgung der Patienten und zu einer steigenden gesundheitlichen Belastung der Beschäftigten führen muß.

Klar wurde auch, daß die Daten, auf denen der Senat seine Planung aufbaut, auf höchst wackligen Füßen stehen. Selbst Testrechnungen vondem Senat nahestehenden Wirtschaftsleuten ergaben einen Unschärfebereich von +/- 30 %, das entspricht etwa +/- 5000 Akut-Betten bei der Schätzung des Bettenbedarfs für 1990.

Die Planung des Senats richtet sich nicht nach dem tatsächlichen Bedarf der Berliner Bevölkerung an medizinischen Einrichtungen, sondern nach finanzbürokratischen Gesichtspunkten.

Scharf kritisiert wurde in diesem Zusammenhang, daß der Senat auf der einen Seite im Gesundheitswesen und in anderen Bereichen des Öffentlichen Dienstes massiv einspart, während die Privatindustrie mit Milliardenbeträgen subventioniert wird.

es wurde daruaf hingewiesen, daß eine verminderung der krankenhausbetten notwendigerweise zu einer verschlechterung der medizinischen versorgung führen muß, wenn die voraussetzung, nämlich die umstrukturierung der ambulanten versorgung z.b. durch schaffung von polikliniken, nicht hergestellt wird.

und in spandau:

Zwar soll kein Mitarbeiter gekündigt werden, aber Festeinstellungen sind damit ab sofort für Jahre hinaus in Frage gestellt.
Schon heute sieht die Praxis so aus, daß allen Krankenhauspflegeschülern, die mit Erfolg in den Schulen ausgebildet wurden, nicht die möglichkeit g gegeben werden kann, in ein unbefristetes arbeit verhältnis übernommen zu werden. schon heute beginnen qualifizierte mitarbeiter abzuwandern, weil sie ihren arbeitsplatz als unsicher und gefährdet ansehen.
denn viele mitarbeiter wollen nicht nur irgendeine arbeit im krankenhaus verrichten, sondern möchten einem beruf nachgehen, in welchem sie ausgebildet sind, der si befriedigt und in dem sie ihre fähigkeiten anwenden können!
Tatsache ist, daß heute bereits in vielen Bereichen zeitlich befristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden, die eine spätere Kündigung überflüssig machen.

Deshalb: Di. 16.30h
Demo der ötv
Olivaer Platz

Termine

19

(di)

berliner unterstützungskomitee fürs russel-tribunal trifft sich um 19 uhr im ostasiatischen seminar, podbielskiallee

"folter - wer schweigt, wird mitschuldig" texte, musik, dias um 19.30 h in der ev.heilandskirche, 1-21, thusneldaallee

radio:"anything goes-rocking radio" um 22.06 sfb II

FILME:
flöz:"jimmi hendrix at berkeley" 21 u.23 h
arsenal:"werft die bücher weg und geht auf die straße" 22.30 h
tali:"john heartfield-fotomonteur" 20.30h

(mi)

treffen berliner alternativzeitungen um 19 h in der gustav-müller-str.46

ERÖFFNING der ausstellung:"hausgeburt-eine alternative?" 16-19 h in der galerie zillestr.102 (u-bahn sophie-charlotte-platz)

musik:"alkatraz" um 20 h im kant-kino

tv:"kuba-früchte der revolution" 16.10 h ddrI

filme:
flöz s.di
tali s.di

(do)

musik:s.mi

tv:"pipeline" 18.45 h III

Filme:
flöz s.di
tali s.di

(fr)

frauen-aktionseinheit trifft sich um 19 h im rauchhaus, mariannenplatz

tv:"jeder für sich und gott gegen alle" 20.15 h ZDF
"John heartfield-fotomonteur" 22.40 h III

(sa)

frühlingsfestfete ab 13 h in der "schwarzen rose" reichenberger str. (ubahn kottb.tor)

osterrockfete mit vielen bands ab 19 h im drugstore potsdamerstr.180 (u-bahn yorckstr. o.kleistpark) eintritt frei!!!

(so)

frühschoppen und jazz ab 11 h auf der freien berliner kunstausstellung am funkturm

frühstück im wespennest (ostereieranmalen - bringt eier und farbe mit) danach eier suchen oder volleyball oder...

ACHTUNG ACHTUNG ACHTUNG
am 1o.april(volkstümlich ostersonntag genannt) steigt im spandauer forst rund um die hütte ein großes osterfest. bringt besonders alle eure kinder mit, denn es gibt viele spiele für sie: eiersuchen, geländespiel, sackhüpfen, eierlaufen, tauziehen malen und noch viel mehr. auch bei regen wird gefeiert, wir haben nämlich auch für dächer gesorgt.
um 14 uhr gehts los.
bringt alle holz mit, weil auch eine "kinderhütte" eingeplant ist.
der bus 54 fährt vom zoo aus bis zum johannesstift, dann noch ein kurzer fußweg

BÜRGERINITIATIVE OBERJÄGERWEG/OBERHAVEL stadtteilgruppe neukölln

-hängematte-
ostern mit männern im laden dresdenerstr.26
freitag ab 16 uhr
sonntag sind wir alle im spandau
montag ab 16 uhr: erst anmalen, dann großes eiersuchen

noch ein prozeßtermin:
do.7.4. um 9 uhr justizpalast raum 101
nächste runde gegen christoph und peter!!!

Am nächsten Donnerstag kommen die letzten Zeugen,der Verteidigung, die Plädoyers werden gehalten & womöglich wird auch schon das Urteil gesprochen (im Namen des Volkes,ist das klar?) .
SEI ES SOMMER,SEI ES WINTER-
VORS GERICHT
& NICHT DAHINTER
EINS IST KLAR WIR DÜRFEN NICHT
AUFGEBEN VOR DEM GERICHT
& DIE MORAL VON DER GESCHICHT:
WAS DEN BEIDEN PASSIERT IST
KANN GELTEN FÜR DICH

Do,7.4.9: R101
CHRISTOPH + Peter!

5.4. 7oo 9.oo ./.W.Siepert(bis dahin terminiert,evtl.Sch...
7.4. lol 9.oo Widerst.bei U.Meinhof Demo
572 1o.oo Ausl.Gef.(Tegel),nach Rücknahme einer Anzeig...
Just.beamte nun selbst Verf.wgn falsch.Ansch...

KLEINANZEIGEN

Wer weiß eine Fabriketage, eine Wohnung oder ein Haus für 6 Leute? Wer hat Ahnung wie man Frau mit Tricks (Gewerbeschein usw.) eine Etage kriegen kann? Bitte ruft mal an, wenn ihr mit irgendwas Erfolg gehabt habt. Angelika Angelika 7519605 Susanne 6928714 P.S. Mr. Galatonow grüßt alle Gleichgesinnten

Ich werde wie es jetzt aussieht, über Ostern in Berlin bleiben(müssen), und falls du Lust hast, lad mich doch mal ein. Patrick 6122139

Wir suchen immer noch: Matrazen, Schreibtisch, Fernseher, Klavier, billig oder auch geschenkt 6146002

An alle Leute am Schlesischen Tor
Unsere Gruppe trifft sich immernoch donnerstag- abend in der "Kajüte", Schles.str.16. Wir sind Menschen, die sich kennenlernen möchten u. versuchen Stadtteilarbeit zu machen. Momentan diskutieren wir nur darüber, und haben noch keine konkreten Vorstellungen. Vielleicht geht es schneller, wenn wir mehr werden packen wirs an, es ist noch viel zu tun.

Wir suchen 2-3 Plätze in WG oder noch viel lieber eine 5-6 (evtl. 4) Zimmerwohnung Tel. 3943472 Müll, Moni, Lina

Wer fährt am Karsamstag (9.April) Richtung Düsseldorf o.Ä. und kann mich mitnehmen, gegen BKB Martin, Tel.: 6182509

einen lieben heißen gruß an "Peter Schmitz"

Klamottenladen "alles mögliche" alte Kleider, Spitzenblusen, Jacken, alte Hemden, Schürzen, Röcke, Pullover, Strickjacken, Tücher, Schals, Filzhüte, Feder-und Perlenschmuck, Kerzen usw. und das Info! 1/65 Goltzstr. 21 U-Bhf Nollis Di-Fr 14-18 Uhr

Wer hat oder weiß einen DB 4o6 D oder Hanomag Henschel F4o (zum Verreiten) zu Verkaufen? Ruft mal Michael 6185257 an. Danke

Ich will Mitte April nach Tvind/Dänemark fahren (ab 12.4.). Wer will mitfahren oder hat eine MFG für mich? Vera 6932829

In der Elefantenpress- Galerie läuft zur Zeit eine ziemlich gute Ausstellung mit Fotomontagen von John Heartfield (parrallel zum Film im Tali). Hingehen, angucken, schönen Katalog kaufen! KP-Dada

Suchen rosaroten Panther der all die Zettel in der Stadt geklebt hat und Rhizom machen will. Peter/Heidi 8617607

Nehme außer Lina (6 Monate) noch ein Kind (bis 12 Mon.) vormittags in Pflege. Außerdem schneide ich Haare (habe gelernt) Tel.: 6149048

2-3 Leute können noch in Männer-WG mitmachen. Tel.: 6934620 Clemens Schinkestr. 8-9 2.Hof, 3.Tr.

Tausche 1 1/2 Zimmerwohnung (8o.-) gegen 4-Zimmerwohnung in SO 36 Tel 6123647 Wolfgang bis 17 Uhr

Kleines Zimmer mit Hochbett in WG frei für 6 Monate, evtl. auch unbefristet. Möbel ggf. vorhanden. Nichtraucher bevorzugt, da schon 2 Kettenraucherinnen vorhanden. Tel.: 7867947

Wer kann uns sagen, wo wir töpfern lernen können (in ner Gruppe), ruft an Harald 8156843

Suchen für unsere WG in Friedenau noch eine Frau (leider ein relativ kleines Zimmer, 16qm) Schön wärs, wenn sie schon mitm Studium fertig wär. Tel.: 8156443 Harald

Wir brauchen dringendst Schreibmaschinen für den Knast!!! Bitte kurze Karte an unser Postfach oder anrufen RH, Postfach 21o512

Frau sucht Platz in WG Tel.: 6854629 Heike

MFG nach München(-Rosenheim) gesucht am Donnerstag Gaby 3432320

Zwei Frauen (berufstätig) suchen 3-Zimmerwohnung in Kreuzberg. Ganz, ganz dringend!!! 2512350 Marion

Wir, m+w (24,25), aber kein Paar, suchen Platz in größerer undogmatischer WG (am besten wäre in Fabriketage, dort wohnen wir momentan nämlich auch, müssen nur leider raus) im Bereich Kreuzberg/ Neukölln. Und zwar möglichst bald! Es eilt nämlich ganz schön! Eigentlich wollten wir noch ein bisschen schreiben wer wir sind und was wir wollen. Das geht aber nicht in ein paar Sätzen. Anrufen ist besser! 6234604 zu allen Tages-und Nachtzeiten versuchen!!!

Wedding, Weddin, Weddi, Wedd, Wed, We, W !!
Alternativprojekt: Alle Flipper-Weddinger sind herzlich zu einem Flipperabend im "anderen Laden" (was isn da anders?) eingeladen, damit die "Verbindlichen" auch mal ausflippen können !
Mit einem Flippen auf den Lippen grüßen die Flipper Co-Group!

Hallo Frauen! Wir sind" in unserer 4-Zimmerwohnung bisher 5 Männer und 2 Frauen, dabei sollen aber nicht bleiben. Wir haben Punktionsräume und sind alle irre lieb. Also kommt einfach mal vorbei , dann erfahrt ihr alles Nähere. Tel. haben wir noch nicht. 1/65, Buttmannstr. 2 bei Polymedia

Suche ruhigen Platz in BRD wo ich meine Diplomarbeit schreiben kann (ca 1 Monat) Tel.: 2623106

Liebe Ilona, rote Grüße aus den Affenhaus, Freiheit für alle Gefangenen der Zoogesellschaft! Mit roten Grüßen Frank

Suche noch immer 2-3 Zimmerwohnung mit Sonne in Kreuzberg Tel.: 6918532

Wir, Gerhard und Elke wohnen seit neuestem in Berlin in unserem Wohnmobil und suchen 2 Leute, die mit uns reisen wollen oder überhaupt leute, die was davon halten, so wenig wie möglich zu arbeiten und so viel wie möglich zu reisen, sowie schach zu spielen, Musik zu machen, zu quatschen... hinterlasst bitte eure Telefonnummer bei 6146175 oder klopft an wenn ihr einen orange-blauen Mercedes seht.

Das sind verpackte Kekse

Glotze mit möglichst allen 12 Programmen gesucht für eine selektiv & kollektiv fernsehende Gruppe im Wespennest, Dresdenerstr. 22

SEID WÄHLERISCH beim Fernsehen!!! NIEDER MIT DEM STROMVERSCHLEIß- MINDESTENS 8 AUGEN PRO KASTEN!!! NIEDER MIT DEM PARBFERNSEHEN! NIEDER MIT DEN 1000000000 INDIVIDUALLOTTERN- KOLLEKTIVIERT EURE FERNSEHER!!!!

am 9.4. um 19.Uhr lieft Hank im Glück anstössig Prosa im Fettnäpfchen 1/3o, Pallasstr. 1o/11

Dem A., den die A. wahrscheinlich nicht gemeint hat, dafür den bindestrich, sonnige, liebe Grüß von Bibi

Suche gebrauchtes Entenmach (12v 4) 0111 6934511

Suche für VW-Kastenwagen: Schiebetür mit Fenster, hintere Sitzbank, Reifen. 2155106 Ernst

Olivia (7Mon.) und Gaby (26) suchen Platz in großer undogmatischer WG mit etwas älteren Kindern. Tel.: 891 82 73

Suchen Musikerinnen möglichst Tasten, Baß oder Blasinstrumente. Vielleicht ist Musiktheater drin? Raum and Zeit stehen bereit. 3212660 Wolfgang

2 Erzieherstellen besetzen wir ab 1.4.neu (4o+ 3o Stunden) für unseren ASP im Märkischen Viertel. Notwendige Voraussetzung ist Praxis in offener Kinderarbeit- zusätzliche handwerkliche und musische Qualifik. wäre dufte!!! Schriftl. oder pers. Bewerbung an Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhalle MV, Königshorsterstr. 1-9 1 Berlin 26

Das Wasserkitzel des Wasserkitzel willzeg den Schriftverkehr mit zum Beispiel Regierungsrat Körper fördern und ...

Noch mehr Kleinanzeigen

Lieber Thomas, laß dich nächste Woche nicht einnachen. Nicht die Bohne!

Macht mal ein Hüpfen

Hinterhauszimmer in WG frei. Wir sind jetzt 3 Männer und suchen noch eine 4. Person dazu. 1/65, Kleverstr. 3 Tel.: 4934762

Wer nimmt mich mit nach Ulfborg an den Tvind-Schulen?(Dänemark) am 5.4. spätestens 6. 4.? Götz Tel.: 4939350

Anita und Monika suchen noch immer 2 Frauen, die am gemeinsamen Wohnen, Arbeiten(Werkstatt ist vorhanden) und "kämpfen" innerhalb der Stadtteilgruppe vom "anderen Laden" in Wedding interessiert sind Meldet euch schnell! Tel: 491 75o5

DISKUSSIONSRUNDE zum Flugblatt REVOLTE IN DER L NK
Dienstag 12.4. 19²⁰
Lichthof-TU

SUCHEN BRAUCHBARE MOTORRAD-BATTERIE (6 Volt) GEGEN GELD ODER ANDERES ZU TAUSCHEN ! TEL. 612 42 52

suche leute für kommune, ne fabriketage 4 reifen füt vw u 4lochfelgen reinhold 2375o9(na ein bischen schwach wie du so schreibst anyway good luck)

bin wieder da wie eh u jemiehee oder? hab nur ne giatse,wodurch meine affenähnlichkeit deutlich wirrrd. but back in town and the weather is changing her-mann

suche leute, die sich auch auf die taxiprüfung vorbereiten, zwecks gemeinsamer vorbereitung. Antje Schwesig, Schwerinstr.7o, 1,3o(schönebg.)

kurze selbstdarstellung der neuen kneipe

FETTNÄPFCHEN dasitzen macht nix

zwischen winterfeldplatz und potsdamer in der PALLASSTRASSE

was ist das fettnäpfchen, was soll es sein und werden und wer sind die leute im fettnäpfchen? am besten fange ich mit den leuten: da ist erst mal petra als konzessionsträgerin, dann willi als mädchen für alles und bettina als mitarbeiterin. wir kennen uns seit einigen jahren und haben 2-3 jahre in einer wohngemeinschaft zusammen gewohnt, die wie üblich auseinandergefallen ist. willi hat seit jahren in kneipen gearbeitet (meisengeige, liliom, augenstern) und gemeint, mit einer eigenen kneipe könnte man das geld für ein alternatives wohnprojekt verdienen.
das fettnäpchen soll eine kneipe sein, darunter verstehen wir ein lokal, das nicht nur von einer bestimmten kategorie von menschen besucht wird, sondern durch seine vielschichtigkeit mehr möglichkeiten zur kommunikation bietet wie die läden, in denen die "linke" im eigenen saft schmort und die leute sich gegenseitig sachen erzählen, die jeder schon lange weiß. eine kneipe sollte ein sozialer ort sein, die menschen sollten hier auch bedürfnisse befriedigen können, die über saufen fressen und ficken hinausgehn.

ein paar anmerkungen des tippers: was ist eigentlich der unterschied zwischen einer "konzessionsträgerin" und einer "mitarbeiterin"? hoffentlich kriegt das "mädchen für alles" keinen herzinfarkt. tippe ich richtig, daß das "alternative wohnprojekt" sowas wie ein eigenes bauernhaus auf dem lande ist - ma ehrlich! **alsdann ...**

Am Ostermontag habe Hasen in die Hasenbeine

AUFRUF

für Osteraktionen der Westberliner AKW-Gegner

Ostern wird es wieder Osterhas Kommt nieder

Ostersonntag

10 Uhr Ostereiersuchen rund um die Hütte in Spandauer Wald (Oberjägerweg). Waldschützer verstecken sie. Es werden nicht die letzten Bier sein.

14 Uhr Autokorso vom Olivaer Platz zur Spandauer Hütte. Schmückt eure Autos mit Plakaten, Parolen, Aufklebern !

ebenso Fahrradkorso zur Hütte Treffpunkt: Rathaus 14 Uhr platz Spandau. Fahrräder könnt ihr in der S-Bahn mitnehmen (S-Bhf Spandau-West) Fähnchen, Aufkleber, Bänder etc. nicht vergessen !

Wenn nur noch Atomkraft

nachmittags: Kinderfest im Wald droht

Kriegt nach er Benzinverbot

Ostermontag

ab 15 Uhr festliches "work-in" im Tiergarten (auf der Wiese am Ende der Liechtensteinallee in der Nähe des Cafés am Neuen See)

Wir besprechen eine gemeinsame Straßentheateraktion und treffen Vorbereitungen dafür.

Bringt mit: weißes Tuch (Laken, Leinen), Nähnadeln und viel weißes Garn, Scheren, Plaka-Farben oder Kleieband, Schnur und große feste Pappen, Sicherheitsnadeln !

Nebenbei: Musik machen, Volleyball spielen, Bier trinken, Kuchen essen ... Bringt mit, was nötig ist.

Linke Fahrlehrer (innen) – gibt's die ?

Das ist nochmal ein Versuch, ein paar Leute zu begeistern mitmachen: Ich will im Herbst die Fahrlehrerprüfung machen? - Und dann könnte man vielleicht irgendwann eine linke Fahrschule aufmachen ...
Es ist allerdings nicht einfach: Wir müssen praktisch das gesamte Verkehrsrecht (StVO, StVZO, etc.) können, dazu noch Technik (was es halt am Auto so gibt), und das ist zusammen ganz schön viel. Wir haben uns schon einen Plan gemacht, wie wir das bis September schaffen können -- (achso: später als Sept. geht nicht, weil man danach eine "staatlich anerkannte Fahrlehrer-Ausbildungsstätte" besucht haben muß - 5 Monate lang).
Das "wir" ist jetzt zusammengeschrumpft auf ein "ich". Und weil es allein gar keinen Spaß macht, (und weil ich das allein auch nicht solange durchhalte), suche ich noch Leute, die mitmachen wollen. Formale Anforderungen: 23 Jahre, Führerschein alle Klassen (1 und 2 mache ich gerade), und mindestens 3 Jahre Führerschein.
Ruft mal marxenhaft an. Helmut 614 93 04 (Über Ostern bin ich wahrscheinlich we-.)

Inhalt

S.2 Hungerstreik
S.5 Flugblatt streß Häftlingskollektiv
S.6 Genfer Konvention
S.2 Italien (Bologna)
S.11 W. Edding Ulrike-Meinhof-Demo
S.12 Grohnde
S.13 Bl Oberjägerweg
S.14 Otto/Roth-Prozeß
S.15 RZ / §88a
S.16 RH / Maininitiative
S.17 Russeltribunal
S.18 Sozialamt / TU-Mensa Info-Beschlagnahme
S.19 ÖTV Termine
S.20 Rat mal Extrablatt der Bl Oberjägerweg

2o